

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Wochensatz 1.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsgelappte Kolonne
eine oder deren Raum 40 Pf., für
Klein- und Verfallungs-Anzeigen,
sowie Arbeitsmarkt 20 Pf.

Verantwortlicher:
Herr Dr. M. M. 1808.
Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 3. August 1898.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Die Nachrufe,

welche die verschiedenen Presseorgane und Parteien dem Fürsten Bismarck widmen, sind, soweit die Sozialdemokratie nicht in Betracht kommt, mit sehr seltenen Ausnahmen, von jenem ungesunden Gaudes des verlogenen Byzantinismus erfüllt, den der Verstorbene so eifrig gepflegt hat.

Und das ganze deutsche Volk in Trauer! Ist je unerschämter gelogen worden? Wer in Trauer? Die Katholiken, die er verfolgt, die liberalen Bürger, die er mit Ruthen und Skorpionen gepöbele, die Sozialdemokraten, die er gedächelt und vogelfrei gemacht, die Arbeiter, die er geknebelt, das Volk, das er ausgebeutet und bedrückt hat?

Keine schlechten Witze. Die Handvoll der oberen Zehntausend, auf die er sich gestützt, denen er auf Kosten des Volkes Milliarden und Milliarden in den Schooß geworfen hat — sie mögen ihn betrauern. Allein diese Sorte von Leuten trauert nicht, weil sie nicht liebt.

Verstehen man uns mit diesen gar zu dicken „konventionellen Lilien“.

Da loben wir uns die „Kreuz-Zeitung“! Sie hat ehrlichen Grund zum Loben, — ist es doch ihr eigen Fleisch und Blut, das sie lobt — Geist von ihrem Geist, Wein von ihrem Wein, obgleich sie manchen Strauch mit ihm zu bestechen hatte.

„Er war ein Junker!“
„Er war ein Preuze!“
„Er war der Unsere!“

Die „Kreuz-Zeitung“ hat Recht. Und trotzdem hat dieser Preuze und Junker mehr gethan, um Preußen zu zerstören, als die März-Revolution und alle Demokraten zusammen gethan haben.

Und mit vielleicht größerer Bitterkeit stehen die „Kreuz-Zeitungs“-Ritter an der Bahre des Lebendigbegrabenen vom Sachsenwalde, als wir deutsche Sozialdemokraten. Wahrscheinlich hatten keinen Grund ihn zu lieben.

Die sozialdemokratische Presse zeichnet sich deshalb auch in ihren Nachrufen durch Ruhe und Unparteilichkeit vor der Presse aller übrigen Parteien aus.

Schon lange vor dem Sturze des Fürsten Bismarck sagten wir von ihm, die Zeit werde vielleicht kommen, wo die Sozialdemokratie ihn gegen ungerechte Angriffe zu verteidigen habe.

Gaben wir auf der einen Seite die freche Zumuthung zurückweisen müssen, daß er ein übermenschlich Großer und Guter gewesen sei — der Schöpfer des neuen Deutschland —, so können wir auf der anderen Seite ihn auch nicht für allen Schmutz und alle Infamien seines Regiments verantwortlich machen.

Für uns hat Fürst Bismarck noch dadurch ein ganz besonderes Interesse, daß er, der sogenannte „Uebermensch“, der seinem Ich alles unterordnet, alles nach seinem Willen vollbringen wollte, von der Logik der Thatsachen umgekehrt ward wie weiches Wachs, und gezwungen, das Gegentheil dessen zu thun, was zu thun sein Plan war.

In seiner künstlich gesteigerten Größe hat er so recht deutlich die Kleinheit und Kleinlichkeit aller Derer gezeigt, die ihr Ich für den Mittelpunkt der Welt halten und die Entwicklung der Dinge nach Belieben und Willkür lenken zu können sich einbilden.

Die Ueberwindung des Fürsten Bismarck durch die Sozialdemokratie ist das Ende der Legende des Großmännerthums. Die Großmänner sind den eburnen Entwicklungsgefahren der Menschheit gegenüber ebenso ohnmächtig, wie die Kleinsten der kleinen „Heerdenhüter“.

Und wir wenden den Blick von der redenshaften Gestalt des besiegten todtten Feindes auf die zwerghaften Talmi-Reden, die mit den schwachen Kernchen vollbringen wollen, woran er, der „Titan“, kläglich scheiterte.

Die „Sozialreform“ des Fürsten Bismarck.

Ueber die Sozialreform des Fürsten Bismarck wird man heute allgemein ruhiger wie früher urtheilen.

Selbst die Bewunderer des Fürsten Bismarck werden ärgerlich lachen, wenn sie bei einem Darsteller des Staatssozialismus in Deutschland (Dr. Ströhl) lesen, daß Liberale und Sozialdemokraten vergebens die soziale Frage aus der Welt zu schaffen versucht hätten:

Da trat der titanische Mann, welcher die Geschichte des Welttheils in Händen hält, aus dem Hintergrund in das grelle Licht der sozialpolitischen Arena. Und es stieg das wimmelnde Volk der Pygmäen, denn es war allen klar, daß die Lösung des gordischen Knotens bevorstehe!!

In den bürgerlichen Kreisen ist die übertriebene Werthschätzung des Kanzlerprogramms und der ersten kaiserlichen Vorkaufst längst schon verloren, vielfach hat sie einer offenen Feindschaft gegen die Grundgedanken der ganzen Arbeiterversicherung Platz gemacht. In Arbeiterkreisen wiederum hat man sich den gegebenen Thatsachen anzupassen gewußt; das Massenwesen ist trotz aller Mängel ein Stück des heutigen Arbeiterlebens in Deutschland geworden, wie etwa in manchen Bezirken die Konsumvereine oder andere Hilfsmittel zur Ausfüllung allzu klaffender Lücken in unserer heutigen Wirtschaftsordnung.

Diese große, weltgeschichtliche Mission der Arbeiterklasse hat Fürst Bismarck niemals begriffen, geschweige denn zustimmend gefördert. Für ihn war das dem Lichte der Kultur aufstrebende Proletariat nichts wie ein unangenehmer, wenn auch unvermeidlicher und sogar ständig sich vermehrender Bodensatz der gegenwärtigen Gesellschaft — eine Anhäufung von armen Teufeln, deren Armuth man wohl etwas lindern soll, denen man jedoch vor allem die ordnungswidrigen, die Verbauungsruhe der Besitzenden störenden Teufelchen gründlich austreiben mußte.

In einer Beziehung blieb Fürst Bismarck hier vollständig ein Kind seiner ersten politischen Periode: in den vierziger Jahren häufen sich die Vorschläge, gegen den sinnlosig gewordenen Pauperismus Massen und allerlei Hilfsorganisationen zu schaffen. Die Arbeiterfrage trat eben zunächst als Armenfrage der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber. Diese Periode trieb von Mitleid und Erbarmen; sie ist jedoch noch nicht für das gleichzeitige allgemeine Niederknurren aller

Selbständigkeits-Regungen, weil von den Arbeitern als ringende und kämpfende Klasse damals noch nichts zu fürchten war. Diese andere Seite der Bismarckschen Sozialpolitik ist die, freilich reaktionär-bergiftete, Frucht der letzten Jahrzehnte mit ihrer drohenden Entfaltung des proletarischen Massenaufgebotes.

Was nun die Erfolge der „positiven Förderung des Wohles der Arbeiter“, die Zwangsversicherung, anbelangt, so wird man heute anerkennen müssen, daß sie immerhin größer sind, als man anfangs seitens der Gegner glaubte — Gegner der allgemeinen Grundgedanken ist wohl der linke Flügel der Liberalen, nicht jedoch die Sozialdemokratie gewesen. Auf diesem Gebiete steht heute Deutschland an der Spitze aller Staaten; selbst aus dem letzten Bericht der englischen Kommission, welche zur Prüfung der Altersvorsorgungspläne eingesetzt war, klingt etwas wie Neid gegen die deutsche Institution heraus. Das ist in unseren Augen weiter kein Lob für Deutschland, denn wir würden alle unsere Klassen, Berufsgenossenschaften und Anstalten für eine vollere Entwicklung der Fabrikgesetzgebung und der Arbeiterkoalitionen hingeben.

Indes sind auch hier weniger die besonderen, hervorragenden Eigenschaften Bismarcks wie die Besonderheiten der deutschen Zustände die treibende ausschlaggebende Kraft gewesen. In Deutschland hatte die beispiellose wirtschaftliche Umwälzung der sechziger und siebziger Jahre die Loslösung breiter Massen aus den alten Kleinbetriebs- und Kleinbesitzverhältnissen, die Hochfluth der Wanderung aus den Landbezirken nach den Industriedistrikten, die ausgebrochene Krisis und die unerträglichsten Verschiebungen und Steigerungen in den Gemeindefasten hervorgerufen. Der Ruf der Gemeinden nach Rettung vor dem ihnen drohenden Bankrott, nach Uebernahme der Armenlasten auf den Staat fiel zeitlich zusammen mit dem Bedürfnis, endlich etwas für den Arbeiter zu thun, nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter, wie es später in der Volkshaus vom 17. November 1881 hieß. Die Bahn für ein konsequentes Vorgehen war in Deutschland von Anfang bis zu Ende fast vollständig frei von alten, im Wege stehenden, fest eingewurzelten Institutionen. Die Haftpflicht war eine Quelle der erbittertesten Streitigkeiten, die Hilfskassen waren nur zu geringer Entwicklung gelangt, und soweit sie auf sozialdemokratischer Seite ein rasches Wachstum versprochen, schien es für die Bismarcksche Politik nur ein Vortheil, den Gewerkschaften diese Anziehungskraft zu nehmen.

So ist in der That, trotz aller widerspruchsvollen äußeren Organisationsformen, ein wirkliches System der Arbeiterversicherung zum Ausbau gekommen, das mit dem Namen des Fürsten Bismarck wohl immer verknüpft bleiben wird. Daß er die freien Klassen und Gewerkschaften der Arbeiter vielfach verflummert hat, ist unbestreitbar. Ebenso unbestreitbar ist jedoch, daß auch das entwideltste freie Massenwesen — das in England — die arbeitsunfähigen Arbeiter in tausenden von Fällen unentschädigt läßt, in denen sie bei uns in Deutschland, wenn auch mit minimalen Beträgen, der Unterstützung gewiß sind. Aus dem erwähnten englischen Kommissionsbericht fühlt man auch deutlich heraus, warum es anderen Ländern schwer oder ganz unmöglich ist, Deutschland nachzuzufolgen, und die freien Klassen werden kaum jemals so allumfassend sein wie die deutschen Zwangsorganisationen — und wiederum, um eine allgemeine Zwangsversicherung mit Staatszuschuß planen zu können, dazu hat man in England viel zu hoch entwickelte freie Massen, denen man das Lebenslicht nicht ausblasen will. Unsere Rückständigkeit war unser Vortheil, wie es ja eine alte Erfahrung ist, daß Reformen oft gerade da am schwersten in Gang zu bringen sind, wo bereits ältere Einrichtungen die neu aufgetauchten Bedürfnisse zum theil befriedigen; wenige Schritte vom bereits Erreichten bis zum Ziele kosten alsdann häufig mehr Mühe und Ueberwindung, wie das Durchlaufen der ganzen Bahn, wenn sie von vornherein uneingeschränkt frei war.

Das persönliche Verdienst des Fürsten Bismarck war die unbestreitbare Energie, mit der er den einmal gefassten Entschluß gegen alle Widerstände, selbst aus konservativen Kreisen, durchführte; ohne den überragenden Einfluß des Fürsten wären die Vorlagen, die so oft ins Stocken geriethen, vielleicht ganz zum Scheitern gekommen.

Wenn diese Seite seines Wirkens vielleicht unterschätzt und mit übertriebenem Mißtrauen betrachtet wurde — man denke nur an die Erörterungen über Quittungskarte und Arbeitsbuch — so trug der Verstorbene selber und ganz allein die Schuld daran. Er hat durch seine brutalen Verfolgungen und wüsten Drohungen gegen die Sozialdemokratie eine Saat des Hasses ausgesät, die auch die geringste Anerkennung und das geringste Vertrauen von vornherein übertüchteln und vernichten mußte.

Die heutige Regierung macht nach einer kurzen Abkehr von der Bismarckschen Sozialpolitik wieder Miene, in das alte Fahrwasser zurückzulernen. Wenn sie sich um den letzten Rest von Ansehen bringen will, so kann sie nichts Besseres thun, wie dem ersten Reichskanzler zu folgen, der durch seinen „alten Mitarbeiter Moritz Busch“ noch im Tode zum Schläge gegen den „neuen Kurs“ ansetzte.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. August.

Fürst Bismarck war ein guter Passer — sein Saß geht über das Grab hinaus. Die Grabinschrift, welche er für sich angeordnet hat, bezeugt dies. Sie lautet:

Fürst v. Bismarck, geboren am 1. April 1815, gestorben ... Ein treuer deutscher Diener Kaiser Wilhelm's des Ersten. Da Fürst Bismarck bekanntlich auch dem Kaiser Friedrich und dem Kaiser Wilhelm II. „gedient“ hat, so liegt in dieser Beschränkung der „Dienerchaft“ auf Kaiser Wilhelm I. entschieden eine polemische Spitze.

Auch sonst kommen seltsame Nachrichten aus Friedrichsruhe. Minister (z. B. Pofadovsky), die im Auftrage des Kaisers am Sonntag nach Friedrichsruhe kamen, sind nicht vorgeblieben worden. Und — noch seltsamer — das Sterbehaus war eine halbe Stunde lang hermetisch abgeschlossen. Es erinnert dies lebhaft an die vielbesprochene Absperrung des Palastes, in welchem Kaiser Friedrich starb, sofort nach dessen Tode. Nur handelte es sich damals um die Verhinderung des Besichtigens von Allenstücken nach Außen, während es sich in Friedrichsruhe offenbar um die Verhinderung eines Angriffs von Außen auf Allenstücke gehandelt hat. Recht verständlich ist die Maßregel freilich nicht. Solche Allenstücke, deren Besitzergreifung im Interesse des einen und anderen wäre, sind doch wohl längst ins Ausland geschafft. Indes als Stimmungsbild und Symptom ermangelt der Vorgang doch nicht einer gewissen Bedeutung.

Zu erwähnen ist auch noch, daß der Wunsch des Kaisers, die Leiche des Fürsten Bismarck noch einmal zu sehen und dieselbe im Berliner Dom zu bestatten, von der Familie Bismarck kurzer Hand abgeschlagen worden ist. Aus diesen Vorkommnissen, so geringfügig sie an sich sind, läßt sich schließen, daß allerhand Enthüllungen und Ueberlieferungen bevorstehen, durch die der Lippe'sche Ebenbürtigkeitsstreit leicht in Schatten gestellt werden könnte.

Auf den Kaiser scheinen diese Vorgänge nicht ohne Wirkung geblieben zu sein, er hat befohlen, von der von ihm angeordneten großen Trauerfeier auf dem Königsplatz Abstand zu nehmen und sich auf eine kirchliche Feier in der Wilhelm-Gedächtniskirche zu beschränken.

Der Wunsch hat seinen Enthüllungen in einem Berliner Blatte einen Niesenartikel in den „Times“ folgen lassen, der aber noch nicht vorliegt. Aus München meldet ein Depeschendepeschebureau: Die in einer süddeutschen Verlagshandlung seit längerer Zeit gedruckt liegenden Memoiren Bismarck's sollen demnächst in 300 000 Exemplaren zur Ausgabe gelangen.

Zur Abänderung des deutschen Wein-Gesetzes. Der Reichs-Kanzler Fürst Hohenlohe wird der „Neuen Berliner Korresp.“ zufolge bereits in nächster Zeit, eine Kommission von Fachmännern einberufen lassen, um die Abänderungsvorschläge in Erwägung zu ziehen, die hinsichtlich des jetzigen Wein-Gesetzes gemacht worden sind. Gleichzeitig soll bei dieser Gelegenheit noch eine andere wichtige Frage berührt werden: es ist die Deklarationspflicht der durch Einleiten von Kohlensäure hergestellten Schaumweine.

Der deutsch-englische Handelsvertrag vom 30. Mai 1865 ist am 30. Juli abgelaufen. Für England und eine Reihe seiner Kolonien besteht er weiter, dagegen tritt nun für Kanada der Generaltarif in Kraft.

Wederliche Nachricht. Die offiziellen „Berl. Pol. Nachr.“ melden heute:

Wie wir hören, dürfte sich der Bundesrath demnächst auch mit einem Antrage beschäftigen, der sich auf die Aenderung der für die Kirchenerei geltenden Bestimmungen über die Sonntagsarbeit bezieht.

In der Wera Pofadovsky dürfte es sich hierbei wohl nur um eine Verbesserung des bestehenden Zustandes handeln.

Ernte-Krauber. Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg hatte sich an das Generalkommando des Gardelcorps mit der Bitte gewandt, mit Rücksicht auf die in diesem Jahre für die Ernte besonders ungünstigen Witterungseinflüsse etwaigen Gesuchen der Landwirthe um Verleihung von Ernte-Arbeitern in möglichst hohem Maße nachkommen zu wollen. Durch eine Kundmachung des kommandierenden Generals v. Volz an sämtliche Städte und Truppentheile des Gardelcorps ist nun den Kommandeuren anheimgestellt worden, dieser Bitte der Landwirtschaftskammer zu entsprechen.

Willige Arbeitskräfte für die Landwirtschaft ist die Parole auf der ganzen Linie.

Der konserbative Landtags-Abgeordnete Meyer zu Selhausen ist im fast vollendeten 77. Lebensjahre gestorben.

Der Führer der badischen Nationalliberalen, Landgerichtsdirektor Fießer, wurde zum Landgerichtspräsidenten in Freiburg ernannt. Dadurch erlischt das Mandat für den badischen Landtag in Donaueschingen. Das frühere Wahlmänner-Kollegium wird aber Fießer wieder wählen.

Aus Hessen. (Fig. Ber.) Die Main-Neckar-Bahn gehört bekanntlich zu den bestrentirenden Bahnen Deutschlands, so daß ihre bairisch-preussische Staatsverwaltung allen Grund hätte, Aufmerksamkeiten zu schenken. Statt dessen geben die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter und Beamten fortgesetzt zu schweren Klagen Veranlassung. Von sozialdemokratischer Seite sind dieselben wiederholt in der hiesigen zweiten Kammer zur Sprache gebracht worden. Statt nun endlich bessere Zustände zu schaffen, hat die staatliche Verwaltung neuerdings eine weitere Verschlechterung der Lohnverhältnisse der Arbeiter dadurch herbeigeführt, daß sie die einmonatliche (!) Lohnzahlung vom 1. auf den 5. jeden Monats verlegt hat. Wie unangenehm und schädlich das für einen Arbeiterhaushalt wirkt, liegt auf der Hand. Die sozialdemokratische Fraktion hat infolgedessen sofort eine Interpellation eingebracht, in der die Regierung dringend erucht wird, günstigere Lohnzahlungs-Verhältnisse zu schaffen.

Ein kleiner Schritt zur einheitlichen Organisation der freiwilligen Gerichtsbarkeit wird durch den soeben den hessischen Ständen zugegangenen Entwurf eines Rotariats-Gesetzes getan. Während die inlöcherlichen Theile Hessens seit ihrer französischen Zeit das Rotariat als selbständiges, nicht mit der Rechtsanwaltschaft vereinbarliches Amt haben, giebt es in den rechtsrheinischen Provinzen keine Rotare. Ihre Funktionen liegen in den Händen der Ortsgerichte. Der Gesetzentwurf sieht nun die Einführung des Rotariats im ganzen Großherzogthum vor und zwar in der auch in Preußen, Sachsen, Bayern, Baden und Württemberg gestatteten Verbindung mit der Rechtsanwaltschaft. Nach Zustandekommen des Gesetzes würden nun noch Sachsen-Weimar-Eisenach, Oldenburg, Schwarzburg-Rudolstadt und die beiden Lippe'schen Fürstenthümer ohne Rotariate sein. Leider ist im Bürgerlichen Gesetzbuch die einheitliche Organisation der freiwilligen Gerichtsbarkeit nicht festgelegt worden; so wünschenswert gerade auf diesem Gebiete eine Einheitlichkeit wäre. Der vorliegende Gesetzentwurf enthält manche Abweichungen von den in anderen Bundesstaaten getroffenen Bestimmungen über den Geschäftsbereich, wie die Anstellungen und Disziplinarverhältnisse der Rotare. Immerhin ist es als ein Schritt zur einheitlichen Gestaltung prinzipiell zu begrüßen.

Strasbourg i. Elz. 1. August. (Fig. Ber.) Ein Mitglied der hiesigen Reform-Vereins „Arminia“ hat auf der kürzlich stattgehabten Jahresversammlung der Deutschen Reform-Vereine einen auch für weitere Kreise interessanten Vorschlag herbeigeführt durch Einbringung eines Antrages auf Ab-

schaffung der Kouleur und unbedingte Satisfaktions-Verweigerung. Zur Begründung des letzteren führte der Antragsteller nach dem Bericht des offiziellen Organs der Reform-Vereinschriften, der „Allg. Deutschen Universitäts-Zeitung“, unter anderem an:

„Die Vurschenschaft habe einstweilen die Forderungen des dritten Standes, des Bürgerstandes, sich zu eigen gemacht, und mit Energie vertreten. Heute richten andere Fragen an das Thor und nöthigten uns zur Stellungnahme. Das Bürgerthum sei geistlos und feige geworden, der einzige Hort der Freiheit sei das Proletariat, und seine Unterdrückung in dem ihm aufgedrängten Emanzipationskampf sei Aufgabe einer modernen Vurschenschaft. Selbstverständlich aber müsse eine akademische Vereinigung solcher Art mit Kouleur und Satisfaktion, diesen Resten aus dem Ständestaat, brechen.“

Demgegenüber präcipitirte das erwähnte Organ der Reform-Vereinschriften seine Stellung in dieser Frage dahin:

Die Vurschenschaft habe die Idee der individuellen Freiheit zu vertreten und diese Idee behre sie mit dem Gedankenkreise des liberalen Bürgerthums unseres Jahrhunderts; wenn sie sich zum Theil auch mit der heutigen Arbeiterbewegung beziehe, soweit dieselbe politische Freiheitsforderungen in ihr Programm aufgenommen habe, so dürfte die Ueberzeugung nicht weiter darüber hinausgehen und zu einem Aufgehen der Vurschenschaft in einen sozialdemokratischen Studentenverein führen. Außer der notorischen Forderung der Sozialdemokratie, das Individuum in eine staatliche Abhängigkeit von der Gesammtheit zu bringen, bestehe aber noch ein weiterer unüberbrückbarer Gegensatz in der Auffassung vom nationalen Staate.

So weit die „Allg. Deutsche Univerf.-Ztg.“, die wohl ganz genau weiß, daß die Gründung sozialdemokratischer Studentenvereine, sowie die Propagierung sozialistischer Ideen durch die bereits bestehenden akademischen Verbindungen an den Machtverhältnissen der akademischen Disziplinarchörden scheitern müßten. Wenn die Jahresversammlung der Reform-Vurschenschaft also über den Strasburger Antrag einstimmig zur Tagesordnung überging, so wird dies nicht zum Mindesten aus der Erwägung heraus gesehen sein, daß die Annahme des Antrages gleichbedeutend sein würde mit der befohlenen Aufhebung aller dem Verband angehörenden Reform-Vurschenschaften. Im übrigen weiß jeder Kenner der Verhältnisse an unseren Universitäten, daß der Sozialismus in den Kreisen der jungen Akademiker auch ohne sozialistische Studentenvereine immer mehr Anhänger gewinnt. Die trauglichen sozialen Verhältnisse, unter denen der junge Philologe, Mediziner u. nachher auch eben so sehr zu leiden hat, wie der Handarbeiter, sorgen schon von selbst dafür.

Frankreich.

Paris, 2. August. Die Blätter melden, daß das Gericht eine Untersuchung anordnete, in welcher der Grund der Klage geprüft werden soll, welche gegen den Major Esterhazy von dessen Vetter Christian Esterhazy wegen Betrugs erhoben worden ist. Diese neue Untersuchung wird von der anderen getrennt geführt werden.

Im Jahre 1900 wird Paris mehrere internationale Kongresse außer dem sozialistischen Arbeiterkongress beherbergen. Unter anderen einen internationalen Allgemeinen Religionskongress. Es sind dazu Vertreter aller Religionen eingeladen, und der Zweck soll sein, eine Verständigung über die allen Religionen und Religionsbekennern gemeinsamen Interessen herbeizuführen. Was das bedeuten soll, haben wir nicht begriffen; es ist uns auch ziemlich gleichgültig. Einen Rath möchten wir aber geben. Die Religion ist gewiß ein schönes Ding, möglicherweise jedoch etwas feuergefährlich. Wenn die türkische Regierung am Grab Christi Tag und Nacht ein Pilek Soldaten aufgestellt halten muß, damit die Befehle der verschiedenen christlichen Sektens sich aus Begeisterung für die Religion der Liebe nicht todtschlagend, wird die französische Regierung wohl ein ganzes Armeekorps mobil machen müssen, um eine Verammung von Befehlern aller Religionen der Welt davor zu überwachen, daß keine der Weltfrieden gefährdenden Religionsstreitigkeiten entstehen können. Wir haben hiermit auf die Gefahr aufmerksam gemacht und unser Gewissen salbirt.

England.

Fragen der auswärtigen Politik beschäftigen gestern beide Häuser des englischen Parlamentes. Im Unterhause erklärte der Parlaments-Untersekretär des Auswärtigen, Curzon, es fänden zwischen der britischen und der amerikanischen Regierung keine die Philippinen betreffenden Unterhandlungen statt. Der britischen Regierung sei keine Information zugegangen, welche die Behauptung unterstützte, daß Deutschland Verbindungen gemacht habe oder mache, die Jemel Luzon zu erwerben. Die britische Regierung wisse, daß die Zukunft der Philippinen Gegenstand der Besorgniß in Australien sei. Die Regierung werde selbstverständlich der Angelegenheit eine eingehende Aufmerksamkeit zuwenden. Des weiteren erklärte Curzon, der britische Gesandte in China, Macdonald, sei vor einiger Zeit angewiesen worden, darauf zu dringen, daß in jede von der chinesischen Regierung gewährte Konzession Bestimmungen für gleiche Behandlung aller Nationen im Handel aufgenommen werden. Am 22. Juli sei er ferner telegraphisch angewiesen worden, das Tzung-Hi-Namen zu benachrichtigen, daß die britische Regierung die chinesische gegen jede Macht unterstützen werde, die einen Akt des Angriffs gegen China aus dem Grunde begehen würde, weil China einem britischen Unterthan die Erlaubniß gegeben habe, Eisenbahnen oder andere öffentliche Bauten zu fördern oder zu unternehmen. (Beifall.) Schließlich erklärte Curzon, die russischen Behörden schienen auf Areta eine bedeutende Thätigkeit entwickelt zu haben, namentlich in Werken der Wohlthätigkeit.

Noch eingehender war die Behandlung der auswärtigen Politik diesmal im Oberhause. Die durch eine Interpellation des liberalen Lord Kimberley hervorgerufene Debatte bewies, daß die englische Regierung eine gewisse Zurückhaltung bei dem Wettkampf um chinesische Eisenbahnkonzessionen zu empfehlen scheint, daß sie wenigstens als Regierung Zurückhaltung zu üben beabsichtigt sei. Lord Salisbury führte u. a. aus: Ich glaube nicht, daß es die Aufgabe der Regierung sei, Eisenbahnen in China zu erbauen oder Geld für den Bau derselben aufzutreiben. Ich wünsche mich gegen diese außerordentliche Ausdehnung der diplomatischen Aufgabe ganz deutlich zu erklären.

Wir können die chinesische Regierung nicht zwingen, die Konzession (an englische Unternehmer für eine Bahn in Jangtschi-Kiangthale) zu ertheilen, wir können mit Nachdruck ihre Gründe vor Augen führen, die sie veranlassen werden, der britischen Regierung eine günstige Beachtung zu leisten. Sicher ist die chinesische Regierung England gegenüber von guten Absichten befeelt, obgleich sie eifrig darum bemüht ist, daß die Bahnkonzessionen nicht zum Mittel gemacht werden, die Regierung des Landes ihr aus den Händen zu reißen. Ich glaube, sie ist den britischen Bewerbungen gegenüber außerordentlich günstig gesinnt. All' dieser Annahme liegt indessen eine Befürchtung zu Grunde: Es ist nicht die, daß man der chinesischen Regierung verweigere, diese Angelegenheiten vollständig zu ordnen. Es ist vielmehr die Befürchtung, daß die chinesische Regierung von anderen Mächten durch Drohungen dahin gebracht werde, diesen Mächten vor den britischen Bewerbungen unbillige Vortheile zu gewähren. Es ist zweifellos, daß die Diplomaten anderer Länder gewandt sind in allen Rücksichten der Ueberredung, und einige Kräfte der Ueberredung gehören zu der Sorte, von der Kimberley gesagt hat, daß sie mit den Methoden, welche man einschlagen solle, unvereinbar wären.

Wir haben vor etwa 14 Tagen dem Grafen Macdonald die folgende Instruktion ertheilt: Sie sind ermächtigt, der chinesischen Regierung mitzutheilen, daß die britische Regierung sie bei dem Widerstande gegen jede Macht unterstützen wird, die einen aggressiven Akt gegen China aus dem

Grunde unternimmt, weil China einem britischen Unterthan die Erlaubniß ertheilt haben wird, eine Bahn oder andere öffentliche Bauten zu errichten oder deren Bau zu unterstützen. Wir sind Willens, dies zu wiederholen und danach zu handeln; es ist klar, daß dies das Äußerste ist, was wir thun können. Wir wollen China unterstützen, wenn ein Versuch gemacht wird, es einzuschließen oder sonst dahin zu überreden, daß es die britischen Bestrebungen zurückweise. Ich glaube, sagte Lord Salisbury im Anschlusse hieran, daß wir einen vollen Antheil an den erträglichsten Bahnen bekommen werden. Die Bahn von den Grenzen Birma's her ist von äußerst zweifelhaftem Werthe. Wir müssen darauf gefaßt sein, mitanzusehen, daß unsere Handelsinteressen unvortheilhafte Konzessionen gewährt werden. Es liegt etwas nahezu krankhaftes in der Meinung, zu glauben, daß kein Geschäft mit China seitens irgend einer Macht seinen Gang nehmen könne, ohne daß irgend ein Wirklichkeit verheimlichtes Geschäft Anstands dahinter stecke. Soweit unsere Information aus China und Belgien reicht, ist es ein vollkommener Fehler, sich vorzustellen, daß die Peking-Hankow-Bahn in Russlands Händen sei. Der Bau einer Bahn in irgend einem Lande wird einem nicht die politische Macht in diesem Lande geben. Ich kann nicht einsehen, wie die Erlaubniß, eine Bahn in China zu bauen, irgend einem fremden Lande die politische Macht daselbst verleihen könnte. Wenn zugestanden wird, daß die Konzessionen in der Weise abgefaßt sind, daß sie Russland ungleiche Rechte, anderen Mächten gegenüber, gewähren, so daß Russland unseren Handel ausschließen oder hemmen kann, so würde uns sehr schwer unrecht geschehen und es würde ein thatsächlicher Bruch des Vertrages von Tientsin vorliegen, dem wir uns bis zum Äußersten unseres Vermögens widersetzen müssen. Unser Ziel ist, die „offene Thür“ zu erhalten und den Vertrag von Tientsin nicht außer Gültigkeit gesetzt zu sehen. Dieses Ziel werden wir, so sehr wir dazu im Stande sind, verfolgen.

Italien.

Mailand, 1. August. (Der Prozeß der Abgeordneten Turati, de Andreis und Morgari.) Zu zwölf Jahren Zuchthaus und dauernder Aberkennung aller bürgerlichen Ehrenrechte hat das Mailänder Kriegs- und Blutgericht heute, nach vierstägiger Verhandlung, den sozialistischen Abgeordneten Filippo Turati und den Republikaner Luigi de Andreis verurtheilt. Dieses monströse Urtheil wird ewig ein Schandstiel der italienischen Justiz bleiben, denn es muß geradezu als ein Verbrechen bezeichnet werden, daß zwei hochgebildete, selbstlose Ehrenmänner, denen selbst die Schergen der Regierung nichts vorwerfen konnten, was gegen die scharfen italienischen Gesetze verstoße, auf bloße vage Verdachtsgründe hin hinter Kerkerthüren verbannt und dem körperlichen und seelischen Ruin preisgegeben werden. Das doch der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Ritter Lopez, in seiner fulminanten Anklage selbst zu thun, daß der direkte Beweis für die Schuld der Angeklagten schwer zu führen sei, „da Verhörmungen nur im Geheimen angestellt werden“, und daß er besonders den sympathischen Angeklagten Turati gern hätte schonen wollen, aber die Staatsanwälte — wie es in der Gerichtsprotokolle euphemistisch heißt — die „Stimme der Pflicht“ verlangte geblieben ist. Die Verurtheilung der Staatsfeinde. Man kann also leicht ersehen, auf wie schwachen Füßen die ganze Anklage stand, die in einer Klageschrift präsentiert wurde, welche den Konjekturen und Hypothesen, den Weim und über den weitesten Spielraum bot. Jedes einigemmaßen verdächtige oder auch nur unwürdige Wort, daß die Angeklagten irgend einmal während ihrer langen politischen Vergangenheit gefopphen, aus dem Zusammenhang geriffene Briefstellen, einzelne Sätze aus politischen Reden oder Artikeln, mit welchen sich schließlich alles beweisen ließe, uralte Begehungs- und Unterlassungsdelikte, ja selbst rein poetische Sentiments, wie der Ideengehalt der Arbeiterhymne, die Jahre lang unbeanstaltet in ganz Italien gesungen werden durfte — das alles wurde jetzt plötzlich hervorgeholt, zu einem Teige zusammengesetzt und aus welchem die Anklagebehörde ihre schwerwiegenden Beschuldigungen gegen die Abgeordneten formte. De Andreis wird als revolutionärer Republikaner geführt, der als demagogischer Redner die Massen zum Widerstand gegen die Staatsgewalt verleitet und am 31. Jan. d. J. in einer Versammlung erklärt haben soll, daß der Tag der Abrechnung näher liege, als man glaube; ferner wird ihm zum Vorwurf gemacht, daß er jüngst bei der Verfassungsfeier das alte Garibaldi'sche Wort wiederholte, daß das Volk zwei Waffen habe: das Stimmrecht und den Karabiner. Turati hat das große Verbrechen begangen, durch eifrige Propaganda für die Ausbreitung der sozialistischen Ideen gewirkt zu haben. Er hat die Eisenbahner, die Arbeiterkammer mit 30 Arbeitervereinen und die Kooperativ-Genossenschaften in und um Mailand für den Sozialismus gewonnen; er ist der Dichter der staatsgefährlichen Arbeiterhymne, der Leiter der ebenso fürstbaren „Critica Sociale“ (der italienischen „Neuen Zeit“) und hatte einen unbegrenzten Einfluß auf die Arbeiterklasse. Von Oddino Morgari, dem dritten Angeklagten — den das Gericht glücklicherweise freisprach — behauptete der allwissende Staatsanwalt, daß er in der Provinz Turin dieselbe unheilvolle Thätigkeit entwidete, die Turati in Mailand entfaltet hat. Diese drei Männer sollen nun zusammen — obwohl die Republikaner und die Sozialisten in Korditionen notorisch wie Kage und Maus mit einander verkehrten — in den ersten Monaten dieses Jahres in ganz Italien den Haß der bestoffenen gegen die bestehenden Massen geschürt haben, um „bei günstiger Gelegenheit“ eine Revolution machen zu können. Diese günstige Gelegenheit boten die Proletarwalle in einzelnen Theilen Italiens, die für Mailand überhaupt keine Bedeutung hatten, da dort von einer Ueberzeugung nicht die Rede sein konnte. Die drei Männer wollten aber das Staatswesen von Grund aus reformiren und zu diesem Zwecke war ihnen auch das gefährlichste Mittel gut genug, — also spricht der Staatsanwalt. Mit den bekannten Anarchisten Pietro Gori und Amleato Cipriani bildeten sie — obwohl bekanntlich die italienischen Sozialisten und Anarchisten Todfeinde sind — eine Verschwörung zum Sturze der Monarchie und leiteten einen Ausbruch der Eisenbahner in die Wege, um gegebenenfalls die Beförderung von Truppen und die Einberufung der Reserven verhindern zu können. Außerdem predigten sie auch in der benachbarten Schweiz die Heilslehren des Sozialismus und der Anarchie und machten den Versuch, die dort lebenden Italiener als bewaffnete Horde nach Italien zu führen, um dem Vaterlande den Garaus zu machen. Bei den sattem bekannten Mailänder Unruhen zeigten sich Turati, de Andreis und Morgari dann in ihrer wahren Gestalt. Zwar bekundeten selbst die freiwilligen und gedungenen Belastungszeugen, daß die drei Abgeordneten eher fähig und bescheiden als hegend und anreizend auf die aufgeregte Menge einzuwirken suchten, aber das war natürlich alles nur Verstellung. Verstellung war auch das zur Verhinderung der Gemüthlicher anfordernde sozialistische Manifest, Verstellung das mannhafte Eingreifen Turati's, der mit eigener Lebensgefahr die wild brennenden Wogen des Aufsturus eindämmen wollte, Verstellung endlich der Brief, den Morgari an die schweizerischen Behörden richtete und in welchem er dieselben auf-forderte, die irregulären italienischen Arbeiter in der Schweiz nicht über die Grenze ziehen zu lassen, weil er das namenlose Ungeheue vorausah, das dieser „Italienerzug“ im Gefolge haben mußte und auch wirklich im Gefolge hatte. Der Staatsanwalt glaubt einfach nicht an die Aufrichtigkeit der Sozialisten, er hält alles für wohl ausgelegte „Mache“, und obwohl er für seine horrenden Behauptungen auch nicht den Schatten eines Beweises erbringen konnte, drang er doch mit diesen Behauptungen durch und stürzte zwei Männer von eminenter Begabung, denen selbst die als Zeugen geladenen politischen Gegner nur Lob und Bewunderung zollen, für immer ins Unglück. Es muß anerkannt werden, daß die Vertheidigung, die von drei jungen Offizieren geführt wurde, sich mit allen Mitteln und offenbar aus aufrichtiger Ueberzeugung bemühte, die Behauptungen der Anklagebehörde als das Hingestellteste, was sie in Wirklichkeit waren: als leere Hirngespinnste. Es gelang ihr leider nur, einen einzigen von den drei Angeklagten zu retten.

Lurati und de Andreis werden ins Zuchthaus wandern müssen, wie einst die Felice ins Zuchthaus wandern mußte, weil er dem Ehrenmannen Crispi in Wege war. De Felice aber ist wieder zu Ansehen und Achtung gelangt, während Crispi moralisch todt ist, und so ist zu hoffen, daß auch Lurati und de Andreis, trotz der dauernden Abertrennung aller bürgerlichen Ehrenrechte, dereinst wieder zu den Höfen des politischen und des bürgerlichen Lebens emporsteigen werden, wenn ihre politischen Feinde — von Gegnern kann man hier nicht mehr sprechen — längst vom politischen Schauplatz hinweg-
gejagt sein werden. —

Amilcare Cipriani und Ulfisse Barbieri vor dem Schwurgericht. Am 23. Juli begann vor der 8. Abtheilung des Kriegsgerichts von Florenz unter dem Vorsitz des Obersten Giacomini der Prozeß gegen 19 Personen aus Santa Sofia in der toskanischen Romagna, welche „wegen Vereinerung und Anstiftung zur Begehung von Verbrechen“ („associazione a delinquere“) angeklagt waren. Unter den Angeklagten befanden sich der bekannte Dramatiker Ulfisse Barbieri und Amilcare Cipriani. Der letztere ist jedoch nicht erschienen, er weilt im Auslande und hat sich auch durch den „Anschlag der gerichtlichen Vorladung in seinem Wohnorte Rimini“ nicht verurtheilt lassen. Die Bekanntheit mit der italienischen Justiz, die er zur genüge kennt, Auge in Auge zu erneuern. Gleich ihm sind noch mehrere andere Angeklagte flüchtig. Gegen den größten Theil der Angeklagten konnte nur die Anschuldbung erhoben werden, daß sie einen anarcho-sosialistischen Klub gebildet haben, der von November 1897 bis Mitte Mai 1898 am Leben war. Cipriani und Barbieri werden noch besonders der Anstiftung zum Verbrechen durch öffentliche Vorträge beschuldigt. Barbieri hat nur einmal, und zwar, wie er selbst erklärte, gegen Bezahlung, seine dramatische Arbeit „La Falanga nera“ (Die schwarze Falange) vorgelesen. Die Verhandlungen dauerten drei Tage. Barbieri und Volinelli wurden freigesprochen. Ulfisse Angeklagte wurden zu Zuchthausstrafen von einem bis zu drei Jahren verurtheilt. Gegen Cipriani und drei andere Angeklagte wurde ein Contumazurtheil erlassen. Cipriani wurde zu 2 Jahren Zuchthaus verurtheilt. —

Rußland.

Peterburg, 2. August. Der Finanzminister hat angeordnet, daß der neue Tarif auf Lederwaren und Celluloidwäpche nicht in Kraft treten solle. Somit hat der berühmte Güterkrieg sein Ende genommen. —

Türkei.

Konstantinopel, 2. August. Amtlicher Mittheilung zufolge wurde gemäß dem vom Sultan sanktionirten Beschlusse des Ministerrathes die Getreideausfuhr aus Skutari verboten. —

Sien.

Zum Eisenbahnkrieg in China. Aus London wird der „Int. Kor.“ berichtet: Der augenblickliche Stand in dem Wettrühen der europäischen Mächte und Kapitalistengruppen um die chinesischen Eisenbahnkoncessionen ist folgender: Die russisch-chinesische Bank, welche die Eisenbahn von Hankau nach Peking baut, hat die Koncession erlangt diese Bahn bis Peking zu forzuführen, wodurch Rußland einen Schienenweg von Nordchina bis in die englische Einflußzone erhalten wird. Da England hier eine Beeinträchtigung seiner Interessen erblickt, so wird ein britisches Konsortium die Koncession zum Bau einer Konkurrenzlinie nach Nordchina verlangen. Die Ruß-China-Linie, welche ebenfalls der russisch-chinesischen Bank überlassen ist, soll ihre Verlängerungsstrecke durch die englische Hongkong- und Schanghai-Bahn erhalten, wogegen sich bekanntlich der kürzlich in so schroffer Form ausgeprochene Protest des russischen Gehandten Pawloff richtet. Derselbe hat zwar seine Forderungen augenblicklich etwas gemildert, doch wird die chinesische Regierung, wenn sie die der englischen Bank gegebenen Zusicherungen nicht zurückziehen kann, Rußland durch neue Koncessionen zufrieden stellen müssen. Die Strecke Peking-Tsing-Kiang ist dem chinesischen Unternehmer Dr. Hung-Wing überlassen, doch hat derselbe trotz Verlängerung der ihm gestellten Frist noch nicht das erforderliche Kapital finden können. Die deutschen und englischen Kapitalisten, mit denen er in Unterhandlung steht, verlangen eine Aenderung des Koncessionsvertrages, und wird die Bahn voraussichtlich einem aus diesen Kapitalisten zu bildenden deutsch-englischen Konsortium übertragen werden. Die Strecke Kaulung-Canton ist der Gruppe Jardine, Matheson u. Co. überwiesen, welche als eine rein englische anzusehen ist. Hingegen hat der französische Gesandte Protest eingelegt, da diese Strecke die französische Zone durchschneidet. Die Folge dieser Einsprüche wird voraussichtlich eine neue französische Koncession in der Provinz Canton sein. —

England und Rußland im Kampfe um China. Der „Standard“ meldet aus Peking von gestern, dort gehe das Gerücht, es sei zwischen Li-Hung-Tschang und dem britischen Gesandten, Sir Claude MacDonald, zu einer heftigen Auseinandersetzung gekommen. MacDonald solle vor dem Tsung-Li-Hamen Li beschuldigt haben, daß er China an Rußland verrathen. Li hätte gedroht, China werde die Abberufung MacDonalds verlangen.

Li Hung-Tschang wird dies nicht gelingen, hat doch Lord Salisbury in der gestrigen Sitzung des Oberhauses, über die wir unter England berichten, MacDonald einen der befähigtesten und tüchtigsten Diplomaten genannt. —

Englands und Rußlands Hände in Persien. Der Pariser Korrespondent der „Times“ erzählt aus „durchaus zuverlässiger Quelle“ Rußland habe jüngst von der persischen Regierung verlangt, daß sie die Anleihe mit einer britischen Darlehnsgarantie, über welche bereits hauptsächlich ein Uebereinkommen erzielt war, nicht abschließen solle, und habe Persien einen größeren Beitrag angeboten, für den die persische Fülle als Sicherheit dienen sollten. Da England die Angelegenheit nicht energisch betreibe, werde Persien versuchen, dadurch einen Ausweg zu suchen, daß es beide Angebote verwerfe. —

Die sozialistische Presse über Bismarck.

Von einer Partei, die durch den nun verstorbenen Staatsmann 12 Jahre lang außerhalb des geltenden Rechts gesteckt war und unter den Wirkungen dieser Maßnahme auch heute noch zu leiden hat, kann nicht erwartet werden, daß sie an der Waise dieses Mannes ihrem heiligen Urtheil Schweigen gebiete. Das endgiltige Urtheil über einen Staatsmann hat die den Parteikämpfen seiner Zeit entrichtete Geschichtsschreibung der Nachwelt zu sprechen, die Pflicht der Zeitgenossen aber bleibt es, auch an der Waise des Todten ungeschmeilt zu sagen, was sie, die mit ihm gelebt haben, nach reiflicher Ueberlegung von seiner Wirksamkeit halten.

Das Organ der Sozialdemokratie Oesterreichs, die Wiener „Arbeiter-Zeitung“, deren Katherungen mit einiger Einschränkung von der Breslauer „Volkswacht“, der Magdeburger „Volkstimme“ und der Elberfelder „Freien Presse“ übernommen wurden, sagt ihre Meinung über den Fürsten Bismarck wie folgt zusammen:

„Ein Stück großen geschichtlichen Lebens ist mit ihm zu Ende gegangen, und niemand, welcher Gesinnung und Parteistellung auch ist, kann sich in diesem Augenblicke der Empfindung verschließen, daß hier ein Mensch sein Dasein abgeschlossen, der hoch emporgeragt hat über den Troß von Duzendmännern, denen sonst die Lenkung von Staaten und Völkern anvertraut ist. Bismarck war ein preussischer Junker, ein Sproß jener Klasse, in der sich Zuchtigkeit mit Rassenhochmuth, hartes Wollen mit lächerlichen Vorurtheilen in so seltsamer Weise paaren. Die Schmiedler, die jeder Erfolg um sich sammelt, haben Bismarck's Verdienste um die Gründung des Deutschen Reiches legendenhafte ausgeschmückt und das, was sich durchsetzen mußte trotz der Gewalt der ökonomischen Dinge als Werk und Wirkung eines einzigen Menschen erklären wollen. Aber daß Bismarck erfüllen konnte, was ein Jahrhundert in den Herzen gährte und die Köpfe erfüllte, planmäßig und beharrlich daran gearbeitet hat: das sagt doch an, daß eine geschichtliche Idee in Bismarck ihren geschichtlichen Volltreiber gefunden hat. Indem Bismarck, der vom simplen Weichhauptmann

bis zum Herzog von Lauenburg aufstieg und die ganze Staats menschlichen Ruhmes durchmachte, das Deutsche Reich schuf“, begründete er die Herrschaft der Bourgeoisie; der preussische Junker schuf mit dem Reiche die Form für die kapitalistische Entwicklung, die sich seither so gewaltig vollzogen hat. Bismarck mag politisch ein Reaktionsär, ein Konservativer gewesen sein, sein Herz mag bei den adeligen Junkern geblieben sein; mit seinem Willen war er der Mauerbrecher für die Macht der Bourgeoisie, für die Entwicklung des Industrialismus, für die Entfaltung des Kapitalismus. Hier endet auch Bismarck's Größe, denn jene Stufe menschlicher Gestaltung, die von der kapitalistischen Ordnung aufsteigt, blieb ihm fremd, und im Kampfe mit der Trägerin der neuen Weltanschauung, der Sozialdemokratie, scheiterte er und mußte scheitern. Es ist ein in jedem Sinne ganz ungewöhnlicher Mensch, der mit Bismarck aus der Welt geht, und es wäre Kecklich, dies in der Stunde seines Scheidens nicht voll sagen zu wollen. Aber es ist nur die beschränkte Größe einer Zeit, die wahrlich nicht der Menschheit letztes Wort ist; es ist der Abschluß einer Entwicklungsperiode, nicht der Anbruch einer neuen.“

Die „Brandenburger Zeitung“ schreibt: „Groß an Begabung, von zäher Energie, hat er leider diese hohen Fähigkeiten nur selten in selbstloser Weise in den Dienst einer großen Sache gestellt. Daß er an der Schaffung eines deutschen Reiches einen sehr erheblichen Antheil hatte, kann ihm nicht bestritten werden. Daß aber dieses deutsche Reich ein Reich der Reichen wurde, ist zu einem ebenso großen Theil sein Werk. Daß ferner in eben diesem Reich, für dessen Gründung Ströme von Blut deutscher arbeitender Männer geflossen sind, eben diese arbeitenden Männer des Volkes zu Slaven von Millionären und Spekulanten herabgedrückt wurden beziehentlich werden sollten, daß die Politik der Entziehung der Vergewaltigung der arbeitenden Klasse auf der einen Seite, die Auspöckerung eben derselben Klasse durch den Roloß Militarismus, durch die Schutz-, Liebesgaben- und Protokoller-Politik auf der anderen Seite das A und B der Thätigkeit des Reiches wurde, muß die Arbeiterklasse in erster Linie auf das Konto Bismarck's setzen und kann sie ihm nie und nimmer verzeihen. Mag daher diese Bourgeoisie in jenem Manne des „Blut und Eisen“ ihren Hahngott sehen und nun um ihr trauern, die deutschen Arbeiter können keine Trauer empfinden an der Gruft dieses Mannes, der noch unlängst deutlich genug zu wissen fand, daß man, wenn es nach ihm ginge, die deutschen Arbeiter so provozieren würde, daß sie sich den Kleinmalern als Versuchungsobjekte zur Verfügung stellen würden. Freilich würde selbst ihm dieser schreckliche Plan zu nichte geworden sein, dafür hätte die Erziehung der Massen durch die Sozialdemokratie gesorgt. Aber diese ausgeprochene Absicht zeigt, daß mit Bismarck jetzt ein ebenso unerbittlicher wie skrupelloser Feind der deutschen Arbeiterklasse in die Grube fährt.“

Die „Märkische Volksstimme“ in Forst i. L. sagt: „Die deutsche Arbeiterklasse hat keine Veranlassung, in die Lobeshymnen der bürgerlichen Presse einzustimmen, knipfen sich doch für sie an den Namen Bismarck die schlechtesten Erinnerungen. War er es doch, welcher den Industriellen zurief: „Verreckt Euch!“ und dann das Sozialistengesetz schuf, unter dessen Druck eine doppelte Last auf die Arbeiterlast gewälzt wurde: Entziehung der freien Bewegung in politischer und gewerkschaftlicher Beziehung und Anziehung der indirekten Steuerlast durch Einführung der Getreide- und Schuggölle.“

Der „Volkswille“ in Hannover fährt aus: „Es ist wahr, Bismarck war bei der Gründung des Reiches durch Blut und Eisen mit zugegen; er hat auch dabei mitgewirkt, weil er glaubte, der Dynastie, der er diente, einen großen Dienst zu erweisen; er hat in der äußeren Politik einige Erfolge errungen. Aber diesen Erfolgen stehen schwere Niederlagen im Innern gegenüber. Die äußeren Erfolge konnten das Volk, die Arbeiterklasse auch nicht einen Augenblick über die elenden inneren Verhältnisse hinwegtäuschen, die eine Folge des von ihm befohlenen und befohlenen Auspöckerungs-, Bedrückungs- und Bevormundungssystems sind; auch die innere Korruption ist die Folge seines Wirkens.“

„Volkswille“ in Halle a. S.: „Die ferneren Triebkräfte der Volkswirtschaft er nie verstanden, und darum hat er nie etwas mit ihnen anzufangen gewußt. Durch rohe Gewaltthat glaubte er eine geistige Bewegung erdrücken zu können, bis sie ihn, den Allmächtigen, schließlich aus dem Sattel warf.“

„Mheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung“ in Dortmund: „Der Großgrundbesitzer und das Großkapital wissen, daß sie nie einen besseren Anwalt, nie einen rücksichts- und skrupelloseren Vertreter ihrer Interessen — die ja so sehr auch die feindlichen waren — finden konnten und niemals finden werden als ihn. In diesem Sinne können sie ehrlich auf ihn das Shakespearsche Wort anwenden:

„Er war ein Mann, nehm' alles nur in allem, Ihr werdet niemals seines Gleichen sehn.“

Aber Großgrundbesitzer und Großkapitalisten bilden eine kleine Minderheit. Und in der breiten Mehrheit des deutschen Volkes entzündet um Bismarck nicht eine Trauer, wie längst im englischen Volke über den Heimgang Gladstone's. Vor allem in der Arbeiterklasse und in der politisch stärksten Partei erweist diesmal der Tod seine veröhnende Kraft am wenigsten. Hat er uns doch nicht bloß gebracht, sondern auch wäthend und verständnißlos verfolgt — freilich vergebens, wie es ihm denn überhaupt nicht verziehen war, Ueberzeugungen und ideale Faktoren zu würdigen und richtig in seine Rechnung einzustellen. Die Sozialdemokratie oder besser gesagt, die geschichtsmaterialistische Auffassung, welche die theoretische Grundlage unseres Kampfes bildet, ist es aber auch, die selbst für Bismarck eine mildere Beurtheilung ermöglicht als sie nach der herkömmlichen Welt- und Gesellschaftsbetrachtung erfolgen müßte. Die Klassen, deren Interessen er so einseitig verfolgt, beschaffen die Herrschaft auch ohne ihn, vermöge des gegenwärtigen Grades der ökonomischen Entwicklung. Insofern war er zwar das Organ, aber nicht der Urheber der meist durch seinen Namen bezeichneten Politik. Hat nicht Caprivi geben müssen, weil er diese Politik nicht ebenso extrem treiben wollte, weil die Junker an den Handelsverträgen Anstoß nahmen? So vermindert sich der Antheil Bismarck's an jener unheilvollen Politik und wir können in gewissem Sinne auf mildere Umstände für ihn plädiren.“

„Volkswacht“ in Bielefeld: „Daß Bismarck ein bedeutender Mann war, wer wollte es leugnen! Und er ist auch ganz gewiß nicht ein Handlanger Wilhelm I. gewesen, der ebenso zweifellos kein bedeutender Mann war. Es trifft auch in gewisser Beziehung zu, wenn Bismarck der Gründer des Deutschen Reiches genannt wird. Aber doch nur mit großer Einschränkung. Es war der Strom der Entwicklung, welcher Bismarck seine Bedeutung gab. Wir sagen dies nicht, um diese Bedeutung herabzusetzen, im Gegentheil. Denn die Größe aller „großen Männer“ wird bestimmt durch die Größe der geschichtlichen Entwicklung, mit welcher ihr Name verknüpft ist. Allerdings kommt es dabei auch noch auf die Tiefe des Verständnisses an, welche sie dieser Entwicklung entgegenbringen, und diese ist bei Bismarck niemals bedeutend gewesen. Anstatt den Versuch zu machen, das Deutsche Reich allmählig in die westeuropäische bürgerliche Selbstverwaltung überzuführen, hielt er mit allen Kräften am junkerlichen Feudalismus Ostelbens, so weit es überhaupt möglich war, fest, und half so jenen unerträglichen Zustand im Deutschen Reich schaffen, bei welchem jeder wahre, den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende Fortschritt entweder ganz unterbleibt oder doch nur in langweiligsten Schneedentempo vor sich geht. ... Inwiefern wir wollen auch hier gerecht sein. Es ist doch sehr die Frage, ob es überhaupt möglich war, das Deutsche Reich in die bürgerliche Selbstverwaltung überzuführen, nachdem der Beweis endgiltig gebracht worden war, daß das Bürgerthum aus eigener Kraft mit dem Junkerthum nicht aufräumen konnte. Das aber steht fest, daß kein günstigerer Boden für die Entwicklung der Sozialdemokratie zu bereiten war, als das feudale-kapitalistische Monitum von Polizeistaat, welches als Deutsches Reich von Bismarck gegründet worden ist. Ist der Weg zum Fortschritt in demselben für die bürgerliche Gesellschaft so schwierig, um so leichter ist er für die Arbeiterbewegung.“

„Volkstimme“ in Frankfurt a. M.: „Wir müssen uns büßen das schärfste Urtheil über Bismarck und die lange, fide Deutschland und die Welt so unheilvolle Bismarckara fallen, weil Bismarck die vollständigste und ausgedrehteste Verpöckung aller dem Sozialismus entgegenstehenden Interessen und Gedanken war. Diefem Umstand verdankt der Todte auch seinen Weltruhm, seinen Ruf bei der Bourgeoisie von London über New-York bis Peking. Er vereinigte alles in sich, was den Sozialismus und die kommende Volksherrschaft hacht bis in die Tiefe der Seele. ... Millionen werden noch nach Jahrzehnten seine unheilvoll verächsende Thätigkeit, seine Verhöhnung der Massen und der Völker untereinander, das von ihm betriebene Zurückdrängen des modernen Klassenkampfes auf einen Fauststreit mit mittelalterlichen Formen vermissen. Aber trotzdem oder vielmehr gerade deshalb ist er nicht bloß ein interessanter Mensch, sondern auch in unserem Sinne ein gewaltiges Werkzeug in der Hand der modernen Entwicklung gewesen. Er hat auf der bürgerlichen Seite mehr zerstört, als tausende sozialdemokratischer Kritiker zerstören konnten.“

„Norddeutsches Volksblatt“ in Danzig: „Solange die Geschichtsschreibung fast nichts anderes ist, als eine Aufzeichnung der Thaten von Fürsten, Kriegshelden, Diplomaten und eine Verherrlichung der Gewaltpolitik, wird er neben bekannten großen Männern, wie Alexander, Cäsar, Napoleon, Ludwig XIV., Richelieu, Mazzini und anderen, seinen Platz finden. In der Kulturgeschichte und der Weltgeschichte, in welcher die Bestrebungen der untern Volksschichten, um zur sittlichen und kulturellen Vollkommenheit zu gelangen, einen Platz finden, wird er und seine Thaten den ersten Platz nicht einnehmen können.“

„Volksworte“ in Stettin: „Auch wir verehren die Heldenthaten des deutschen Volkes, die Dichter und Denker, aber zu ihnen gehört ein Bismarck nicht. Gleichwohl wäre es verkehrt, wenn man ihn zu der Duzendmänner rechnen wollte; immerhin ragte er geistig über seine Standesgenossen weit hinaus.“

„Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ in Kiel: „Bismarck besaß einzelne der Eigenschaften, die bedeutende Politiker auszeichnen pflegen. Zunächst eine gewaltige Willenskraft, die nicht so leicht an einem Widerstand erlahmte, eine nicht unbeträchtliche Menschenkenntniß, die ihn die Menschen mit ihren Fähigkeiten und ihrem Ehrgeiz erkennen und als Werkzeuge gebrauchen ließ. Wie bei den meisten „Großen“ der Geschichte besaß er auch eine gute Dosis jählicher Menschenberachtung, zu der er freilich bei dem Menschenmaterial, mit dem er es zu thun hatte, nur zu leicht gelangen konnte. Von den politischen und sozialen Thaten Bismarck's möge man uns aber schweigen! Denn gerade sie lassen den weiterschauenden Blick des Genies vollständig vermissen. In zahlreichen Städten ragen schon jetzt Monumente dem Manne, der eine ihm verliehene große Macht mißbrauchte, in den Dienst der Reaktion und des Mammonismus gestellt hatte. In den Herzen des arbeitenden Volkes der Rit- und Nachwelt hat er sich kein Denkmal zu errichten verstanden.“

„Mheinische Zeitung“ in Köln: „Die Arbeiterklasse Deutschlands hat keine Veranlassung, das Andenken dieses Mannes zu segnen.“

„Hamburger Echo“: „Bismarck ist nie das gewesen, als was seine Reptilienpresse und der Chor seiner spekulativen Helfershelfer und Schmeichler ihn erscheinen lassen möchten. Niemals war er ein wahrhaft großer Staatsmann; seine „Größe“ ist eine erlünstelte, eine erlogene, hauptsächlich ein Produkt der Erfolgsgedankerei. Das deutsche Volk hat nichts gewonnen vom Bismarck'schen System, sondern furchtbar schwere Schädigungen daraus über sich ergehen lassen müssen. ... Sie (die Anhänger Bismarck's) mögen Volmentwölbel über seinem Sarge schwingen. Uns ist es, als sehen wir da viele Tausende blutiger Schatten brohend schweben. Die Getreuen mögen Hymnen singen — uns ist es, als würden dieselben überlaut von den Flüssen der Wittwen und Waisen, der Väter und Mütter, der Brüder und Schwestern jener Opfer seiner „glorreichen“ Kriege, sowie vom Verdummungsurtheil all derer, die seine Gewaltpolitik im Namen des „Rechts“ um Freiheit und Glück gebracht hat, die in dumpfem Kerker ihre Liebe zur Freiheit und Gerechtigkeit bähnen mußten. Da liegt er nun in Todesbanden, aber der Geist, den er vernichten wollte, lebt und drängt von Sieg zu Sieg.“

„Leipziger Volkszeitung“: „Die wichtigsten Abschnitte der deutschen Geschichte in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts sind mit dem Lebensschicksal dieses altpreussischen Kleinjunkers aus das innigste verknüpft. Mögen die Parteien in Haß oder in Neigung auch urtheilen, die Thaten stehen unerschütterlich fest. Und gerade in dieser Stunde ist es geboten, ohne Groll und ohne Vorliebe, sachlich die Dinge zu betrachten, um diese Persönlichkeit zu begreifen und zu würdigen. ... Jedermann mußte, was Bismarck wollte, sein Sturz war vollstündlich, aber es war etwas Vereschbares, keine Pflüchlichkeiten, keine Stegreifpläne. Von 1871 bis 1890 hat seine auswärtige Politik jedenfalls gefährliche auswärtige Verwicklungen verhütet, die große Militärmacht Deutschlands hat im Frieden gelebt. Unerlöse Weltpolitik und übertriebene Abenteuer auf der hohen Stufenleiter, wie sie die jüngste Zeit uns mit noch viel gefährlicheren Ausblicken für die Zukunft zeigt, hat er nicht getrieben, wenn er sicherlich auch die Verantwortung dafür trägt, daß eine deutsche Kolonialpolitik überhaupt inaugurirt worden ist. In der Volksthat seiner Nachstellung war Deutschland im Auslande respektirt, vielleicht gefürchtet, während die Jizadlinie des Kometenkurves unserer Tage draußen gar eigen keuchlich wird. Mit unvergleichlicher Festigkeit hat er seine Pläne verwirklicht. Ein Großpreugen zu bilden zog er aus, und er mußte die deutsche Einheit schaffen. Der Nationalstaat, mag er Massenstaat sein so viel er will, entstand unter seinen Händen dank dem Zwange der politischen, sozialen, ökonomischen Entwicklungsstendungen. Und erst auf diesem Boden entfaltete sich die deutsche Arbeiterklasse so wie sie heute ist, so wie sein soll, als die politisch-soziale Organisation des Proletariats, das um seine Befreiung kämpft. Trotz Bismarck, wider Bismarck! Aber noch heute, an der offenen Gruft des alten Todfeindes, gilt das Wort, das Lassalle auf der rheinischen Heerchau im September 1863 sprach: „Und wenn wir Hintenschäfte mit Herrn v. Bismarck wechseln, so würde die Gerechtigkeit gefordert, noch während der Salven eingestochen, er ist ein Mann.“

„Sächsische Arbeiter-Zeitung“ in Dresden: „Er war ein revolutionärer Geist. Einer der wenigen, die die Verhältnisse und die Menschen mit kritischem Scharfsinn bis auf ihre inneren Triebfedern durchschauen, sie ihres ideologischen Aufsprunges entdecken und so dazu gelangen, daß sie in der Verfolgung ihrer politischen Ziele weder nach den herrschenden Meinungen, noch nach den überlieferten Grundgesetzen sich richten, sondern rücksichtslos ihre Wege vorwärts schieben und nur soweit sich zurückhalten, als sie noch nicht die Macht haben, die Hindernisse zu brechen, die sie aber übersehen aus dem Wege räumen, wenn sie die Macht dazu erreicht haben. Und revolutionär war auch sein Wirken. Dieser Staatsmann, der mit dem Kampf gegen die Revolution seine Laufbahn begann und sie abschloß mit dem Polizeikampf gegen die Sozialdemokratie, war in seinem praktischen politischen Wirken einer der größten Revolutionäre des Jahrhunderts. ... Die Herrschenden verehren in ihm ihren nationalen Heros. Sie verdanken sie ihm am meisten ihre Macht und ihren Reichthum. Jetzt tragen sie ihn zu Grabe und feiern seine Thaten und gedenken der Erbschaft, die er ihnen hinterlassen hat. Aber mit Bismarck tragen sie ihre eigene Herozeit zu Grabe. Sie haben keine hohen Aufgaben mehr zu erfüllen, sie brauchen keine großen Männer mehr. Er war ihnen schon in seinem Leben durch seine Größe ein Hinderniß. Sie kamen sich zu klein vor in seinem Schattenwurf. Bismarck, der Todfeind der Revolution, wurde zu ihrem Willensvollstrecker, — was nach seinem revolutionären Willen noch für Deutschlands Einigung und Freiheit zu thun ist, wird sein Todfeind, die Sozialdemokratie vollbringen! So geht der Wechselgang der Geschichte.“

„Sächsische Volksblatt“ in Zwickau: „Die Arbeiterklasse hat ihm keine Throne nachzuweihen, vielmehr wird ihm der Platz ins Grab nachgerufen werden, ihm, der Millionen schwere

Serfer und Thüren entlockt und Kummer und Elend über sie verhängt hat. Dennoch gebietet uns die politische Pflicht, zu sagen, daß er ein ungewöhnlicher Mensch war, ein Charakter, und daß er aus seiner Klasse, dem Junkertum, weit, weit hervorragte.

„Frankische Tagespost“ in Rürnberg: „Wenn die Lobeshymnen vom Tage längst verklungen sind, dann wird die Geschichte hart über Otto von Bismarck urtheilen. Immer wird seine trotzige Persönlichkeit, sein impulsiver Wille, seine dämonische Herrschsucht, seine Fähigkeit zu hassen, dem Psychologen ein interessanter Vorwurf sein; sein Schilderwerk wird dem preussischen Junkertum entsprechen, der nicht bei ihm die charakteristischen Züge für sein Bild fände: aber das, was man heute an ihm so laut rühmt, wird ihm der sinnende Betrachter nicht zubilligen können, daß er ein großer Mensch und ein großer Staatsmann gewesen sei.“

„Münchener Post“: „Was dem Fürsten Bismarck... speziell die Sozialdemokratie zu danken hat, das ist mit eisernem Griffel zu seiner und des Reiches Schande in die Geschichte unauslöschlich eingegraben. In politischer Hinsicht bedeutet der Lebensabschluß des einst so mächtigen Junkers ein Neue Zeitalter allen gegenwärtigen und kommenden Staatsmännern, die nach bismarckischer Gewalt Herrschaft gelüsten sollte.“

„Offenbacher Abendblatt“: „Darin beruht seine Bedeutung für den Kulturhistoriker, daß er über das ganze Kröppzeug des kapitalistischen Staates emporging: der grimmige Haß aller Besitzenden gegen die revolutionäre Klasse der Besitzlosen reichte nicht an den seinen; die „Staatsmänner“ kleinlicher Unterdrückung konnten zu ihm aufblicken als zu einem Ideal; den raffigierigen, unterdrückungswilligen Kapitalisten war er Schirmherr und Führer zugleich. Er war ein Staatsmann des gewalttätig emporstrebenden, rücksichtslosen Kapitalismus — ein Gewaltmann, der mit der Eisenfaust auch Bourgeois niederhielt, die auf anderen Wegen den alleinigenmachenden Profit zu erzeugen gedachten. Grenzenlose Herrschsucht war die Triebfeder alles seines Handelns.“

„Rauher Volkszeitung“: „Bismarck war eine Herrschernatur im schlimmsten Sinne des Wortes und er fragte nichts danach, ob der Weg zum Ziele über zertrümmerte Existenzen und hingecopferte Menschenleben ging.“

„Volksstimme“ in Mannheim: „Der Mann, der uns im Leben mit so bornirtem Haß, mit solch unritterlichen Waffen verfolgt hat, hat keinen Anspruch auf die Ritterlichkeit der größten Partei Deutschlands.“

„Schwäbische Tagwacht“ in Stuttgart: „Bismarck hat es verstanden, sich selbst zu bereichern, er hat die Wege geebnet, auf denen sich die Kapitalistenklasse auf Kosten des Volkes bereichern konnte, und es ist begreiflich, daß diese Klasse und deren Presse den Tod betrauern; das deutsche Proletariat hat keine Ursache, dem Gewaltmenschen Bismarck eine Thräne nachzuweinen.“

Partei-Nachrichten.

Der Beschluß des Hamburger Parteitags, betreffend die preussischen Landtagswahlen, besagt im zweiten Satz: „Inwieweit eine Wahlbeteiligung in den einzelnen Wahlkreisen möglich ist, entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise nach Maßgabe der lokalen Verhältnisse.“ Für die Beurtheilung dieser Verhältnisse ist es nun von großer Bedeutung, die Ergebnisse der früheren Landtagswahlen, womöglich schon die Parteigruppierung und Beteiligungsziffer bei der Wahlmännerwahl, zu kennen. Es wäre wohl kaum möglich, von einem Mittelpunkt aus das ganze, bisher nie geordnete Material zusammenzutragen; völlig ausgeschlossen ist eine gemeinsame Veröffentlichung desselben. Dagegen wäre es sehr wünschenswert, daß unsere Parteiblätter für die Wahlkreise und unsere Vertrauensleute für die engeren Bezirke das Material aus den alten Jahrgängen bürgerlicher Lokalblätter zusammen zu bringen versuchten. Zur Erleichterung dieser Arbeit seien im nachfolgenden die Tage genannt, an denen seit 1860 Landtagswahlen in Preußen vorgenommen wurden. (Das Datum bezeichnet den Tag der Abgeordnetenwahl; acht Tage vorher fanden jedesmal die Urwahlen statt):

1861	1862	1863	1866	1867	1870
6. Dezember	6. Mai	28. Oktober	3. Juli	7. November	16. November
1873	1876	1879	1882	1885	
4. November	27. Oktober	8. Oktober	26. Oktober	5. November	
	1888	1893			
	6. November	7. November			

Die Parteikonferenz für den Wahlkreis Friedeberg-Kriegerwalde, die am 31. Juli in Kriegerwalde tagte, wählte Liebrandt aus Friedeberg und Hinge aus Sellnow als Delegirte zur brandenburgischen Provinzialkonferenz und H. Millarg aus Werlich als Delegirten zum Städtgarter Parteitag. Nach dem vom Kreisvertrauensmann Liebrandt gegebenen Bericht sind bei der letzten Reichstagswahl 600 M. eingenommen worden; die Ausgabe betrug 595,10 M., so daß noch ein kleiner Ueberschuß blieb. Beschlossen wurde, an die Hauptkasse der Partei 10 M. abzuführen.

Die Geschäftsstelle der „Niederrheinischen Volkstribüne“ in Düsseldorf ist seit 1. August nach dem Hause Graf Adolph-Strasse 43 verlegt worden. Das bisherige Lokal am Karlsplatz reichte nicht mehr aus, da sich eine bedeutende Vergrößerung der Offizin nöthig machte.

Gewerkschaftliches.

In Köller's Nähe. Aus Flensburg wird uns unterm 1. August berichtet: Schon seit Beginn des Maurerstreiks sind wiederholt Ausfällige, die sich am Bahnhof aufhielten, um zu reisende Kollegen von der Situation hier am Plage in Kenntniß zu setzen, durch Polizeibeamte vom Perron und aus den Wartesälen weggeführt worden, ja es ist vorgekommen, daß eine Viertelstunde vom Bahnhof entfernt ein Arbeiter von einem Polizeibeamten in hartem Tone zur Rede gestellt wurde, was er mit feinem „Umherstreifen“ bezog. Bis jetzt hatte sich diese Fürsorge der Polizei lediglich auf ausfällige Maurer erstreckt. Nunmehr ist aber einem streikenden Tischlergesellen folgende Verfügung der Polizeiverwaltung zugegangen:

„Da begründeter Verdacht vorliegt, daß Sie lediglich zu dem Zwecke den hiesigen Staatsbahnhof aufsuchen, um arbeitswillige Maurer, welche mit den Zügen ankommen, unter Anwendung unzulässiger Einwirkung zur Rücknahme der Arbeit zu bestimmen, wird Ihnen hiermit jeder unbefugte Aufenthalt auf dem Bahnhof und in der Halle, sowie auf dem Plage vor dem Bahnhofsgelände untersagt. Im Falle des Zuwiderhandelns wird eine Geldstrafe bis zu 50 Mark oder entsprechende Haftstrafe gegen Sie festgesetzt werden.“
gez. Dr. Todten.

Als der Arbeiter das Schreiben empfing, erschien ihm vor allem der Passus vom „unbefugten Aufenthalt“ unklar und er begab sich zum Chef der Polizeiverwaltung, Bürgermeister Dr. Todten, um darüber Auskunft zu erhalten, die ihm denn auch gegeben wurde. In allen Fällen, hieß es, wo er, der Arbeiter, nicht nachzuweisen vermöge, daß er geschäftlich auf dem Bahnhofe zu thun habe, sei ihm der Aufenthalt dafelbst untersagt. Auch zum Zwecke der Abreise dürfe er den Perron nicht betreten, wenn er nicht vorher denselben Beweis erbracht habe. Die Verfügung erscheint uns so unverständlich, als bisher kein Angehöriger der zur Zeit hier in Ausstand befindlichen vier Arbeiterkategorien, nämlich der Seelente, Maurer, Zimmerer und Tischler, der Polizeibehörde auch nur die geringste Veranlassung zu irgendwelchem Einschreiten geboten hat. Der Gemahregel beabsichtigt, im Interesse der gemeinsamen Arbeiterkategorie an die Polizeiverwaltung sich nicht zu wenden und es auf richterliche Entscheidung ankommen zu lassen.

Aus Dresden wird uns geschrieben: Im Laufe dieses Jahres haben sich hier im Baugewerbe die Lohnbewegungen abgespielt, die in mehreren Fällen zum Streik geführt haben. Die Arbeiter errangen zum theil häßliche Erfolge. Jetzt hat eine Versammlung der Junger geprüfter Baumeister beschloffen, sich für die nächste Zukunft auf weitere Forderungen der Arbeiter nicht einzulassen. In letzter

Konsequenz läuft das aber darauf hinaus, den Arbeitern das jetzt Erzwungene wieder zu nehmen, denn man hat unter anderem über die Lohnhöhe Bestimmungen getroffen, die mit dem, was die Arbeiter durchsetzen, nicht in Einklang stehen. Es wurde behauptet, daß der Lohn aller Bauarbeiter seit 15 Jahren um über 100 pCt. gestiegen sei. Wenn das wahr wäre, bewiese es aber nur, daß diese Arbeiter zu jener Zeit unter aller Würde begabt worden sind, denn dann hätten damals z. B. die Zimmerer nur etwa 20 Pfennige und ein Bauhandarbeiter gar bloß 15 Pfennige Stundenlohn bekommen. Man kam noch zu dem Entschluß, einen lokalen Arbeitgeber-Verband zu errichten, um dem angeblichen Terrorismus der Arbeiter entgegenzuwirken. Die Schaffung eines Arbeitgeber-Verbandes für das Baugewerbe ganz Deutschlands wurde gleichfalls angeregt.

In Hildburghausen haben am Sonnabend in der Hildburghäuser Glassabrik (Kommandit-Gesellschaft) von den dort beschäftigten 81 Arbeitern 79 die Kündigung eingereicht, weil in mehreren Fällen die als Vertrauensleute der Gewerkschaft gewählten Arbeiter vom Hüttenführer entlassen worden waren.

Soziales.

Für den Obsthändler in Breukeln ist eine Entscheidung von Wichtigkeit, die hinsichtlich der Sonntagsruhe vor kurzem von der königlichen Regierung zu Oppeln für Oberschlesien getroffen worden ist. Die dortigen Obsthändler hatten an die Regierung zu Oppeln eine Petition gerichtet, worin dringend um die Erlaubnis gebeten wurde, an den Sonntagen von 8 Uhr nachmittags an Obst verkaufen zu dürfen. Dieses Gesuch wurde besonders damit begründet, daß den Obsthändlern durch das gesetzliche Verkaufsverbot an jedem Sonntag eine Menge Obst verderbe, weil die meisten Obstsorten das lange Liegenbleiben nicht vertragen könnten. Die Regierung hat diese Klage als berechtigt anerkannt und eine Verfügung erlassen, wonach den Obsthändlern ihres Regierungsbezirks gestattet ist, an Sonntag und Feiertagen von 8 Uhr nachmittags an Obst feilzubalten.

Der Schluß der Rechtsanwaltsbureau's an Sonntagen ist in Dortmund auf Anregung des Anwaltsvereins eingeführt.

Die Phosphor-Hündholz-Fabrikation gehört zu den gesundheitgefährlichsten Betrieben und verursacht grauenvolle Erkrankungen der Knochen, besonders des Ober- und Unterleibes, die dadurch gänzlich zerstört werden können. Der Bundesrath hat am 8. Juli 1893 eine Verordnung erlassen, die einen sanitären Schutz der beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen herbeiführen soll, aber weder hat er die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter verboten, noch eine Maximal-Arbeitszeit für erwachsene Arbeiter festgesetzt. Daß beides nöthig ist — und zwar eine sechsstündige Arbeitszeit für erwachsene Arbeiter — da die bestehenden sanitären Vorschriften nicht ausreichen, wird vom Gewerbe-Aussichtsbureau für Potsdam im Jahresbericht für 1897 anerkannt, und der Ausschichtsbeamte für Breslau erklärt, daß „wenn strenge Maßnahmen das Verschwinden dieser Hündholzfabriken zur Folge haben sollten, so könnte das nur mit Freuden begrüßt werden.“

Wir stimmen ihm darin bei; ja, ein Verbot der giftigen Phosphor-Hündhölzer wäre im Interesse der bei ihrer Fabrikation beschäftigten Arbeiter wohl zu wünschen. Arbeitsgelegenheiten würden sie in denjenigen Hündholzfabriken finden können, die den nicht giftigen rothen Phosphor verarbeiten. Daß beim Verbot der Verwendung des gelben Phosphors eine Vertreibung der Hündhölzer eintreten könnte, ist zwar vorläufig nicht zu bestreiten, doch würden die geringen Mehrkosten im Interesse der Wohlfahrt der jetzt so oft zu schrecklichen Qualen verurtheilten Arbeiter getragen werden müssen. Uebrigens weist der Beamte für Rassel darauf hin, daß die in seinem Bezirk gelegene Hündholzfabrik von Otto Miran in Kettenhausen Hündhölzer aus nicht giftigem, rothem Phosphor herstellt.

Die französische, schweizer und belgische Regierung haben sich wiederholt mit der Frage des Verbots giftiger Phosphor-Hündhölzer beschäftigt, ohne bisher zu einem entscheidenden Resultat gekommen zu sein. Neuerdings hat Belgien einen Preis von 50 000 Francs für Herstellung einer Hündmasse, die den gelben Phosphor ersetzt, ausgeschrieben. Was die allgemeine Einführung der nicht giftigen, sogenannten Schwedischen Hündhölzer verhindert, ist nicht nur ihr höherer Preis gegenüber den Schwefelhölzern, in deren Gruppen gelber Phosphor sich befindet, sondern der Umstand, daß die erlernten nur an bestimmten Reibflächen, meist nur an den mit rothem Phosphor präparierten der Schwächeln, sich entzünden.

Eine weitgehende Verkürzung der Arbeitszeit ist das mindeste, was zum Schutz der Phosphorhündholz-Arbeiter zu verlangen ist. Der Breslauer Beamte fordert acht Stunden Maximal-Arbeitszeit mit einer Mittagspause von 1 1/2 Stunden, während der Potsdamer sechsstündige Arbeitszeit ohne Pause für das Höchstmögliche hält.

Der Breslauer Beamte fordert auch eine Ausdehnung der gesundheitlichen Vorschriften des Bundesraths auf die Einlegearbeit, das Lunten der Hölzer in die Hündmassen.

Wie rücksichtslos Unternehmer sich über die sanitären Vorschriften des Bundesraths hinwegsetzen, zeigt die Mitteilung des Breslauer Beamten, daß eine Fabrik sechs Arbeiter, trotzdem der unterstehende Arzt sie (nach den bundesrathlichen Vorschriften) wegen höherer Jahne als unbrauchbar für die Phosphorabtheilung erklärt hatte, dennoch dort einstellte. Der Ausschichtsbeamte veranlaßte die Polizeibehörde, bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag zu stellen.

Wir sind neugierig, ob das Gericht die Unternehmer für schuldig erklärt und mit mehr als drei Mark bestraft.

Wie verschieden die Bestimmungen über die Sonntagsruhe in demselben Lande gehandhabt werden, zeigt drastisch eine Gegenüberstellung der jüngsten Fabrikinspektorenberichte aus dem I. und II. hessischen Aussichtsbezirk. In letzterem, die Provinzen Rheinhessen und Oberhessen umfassenden Bezirk wurde auf grund des § 105 I der Gewerbe-Ordnung nur in 16 Fällen Sonntagsarbeit gestattet, die insgesamt 12 Betriebe betrafen. Im I. Bezirk (Provinz Starkenburg) dagegen wurden auf grund desselben Paragraphen für nicht weniger als 109 Betrieben an 202 Sonntag- und Festtagen Ausnahmen bewilligt. Im vorhergehenden Jahre (1896) waren es auch dort nur 92 Betriebe und 68 Sonntage. Die Gesamtzahl der Arbeiter, für welche Sonntagsarbeit gestattet wurde, betrug 1897 im Darmstädter Bezirk 980, gegen 448 im Vorjahre; also eine Vermehrung über das Doppelte! 90 Bewilligungen lauteten auf fünf Stunden und weniger. In 29 Fällen wurden 6—11 Stunden, in 181 Fällen wurden 12 Stunden, in 6 Fällen 13, in 1 Fall 15, in 2 Fällen 18 und in 3 Fällen sogar 24 Stunden, also der ganze Sonntag als Arbeitszeit gestattet. Im ganzen wurden 2179 Arbeitsstunden gegen 524 im Vorjahr bewilligt! — Wenn die Handhabung des § 105 I in dieser Weise weiter „gemildert“ wird, dann dürften in diesem Bezirk bald die Betriebe zu zählen sein, die keine Ausnahme bewilligt erhalten. Wie wenig stichhaltig die für das „Entgegenkommen“ der Behörden angeführten Gründe (schlechtes Wasser bei Wäschereien und Küchereien zc.) sind, beweist zur genüge die viel strengere Praxis im Mainzer Bezirk, wo die Ausnahmen aus den Seltenheiten gehörten. Jedenfalls sollten so lauscherartige Bestimmungen baldigt durch klare und feste Schrauben ersetzt werden.

Soziale Rechtspflege.

Obwohl der Zimmerer D. selber seine Stellung aufgegeben hatte, verlangte er von dem ehemaligen Arbeitgeber, dem Zimmermeister Schmale, eine vierzehntägige Lohnentschädigung. Er machte geltend, daß er gezwungen gewesen sei, die Arbeit bei Schmale aufzugeben, weil ihn dieser des Diebstahls beschuldigt habe. Dem Beklagten war nämlich sein Portemonnaie fortgenommen, das seiner Meinung nach in einem Kamine lag, worin der Kläger gearbeitet hat. Die Verhandlung vor dem Gewerbegericht ergab, daß der Beklagte dem Kläger nicht vorgeworfen

hat, er sei der Dieb, sondern daß er auf des Klägers Behauptung, er hätte das Portemonnaie gar nicht gesehen, beharrte: Lügen Sie nicht, streiten Sie nicht. Kläger wurde mit folgender Begründung abgewiesen: Der Vorwurf des Diebstahls sei nicht erwiesen. Und wenn der Beklagte der Behauptung des Klägers, er habe das Portemonnaie nicht gesehen, entgegnet und dabei beharrte, D. solle nicht lügen, dann sei das keine so grobe Verleumdung, daß Kläger unbedingt die Arbeit hätte niederlegen müssen. Nur in einem solchen Falle könne aber jemand, der die Stellung selbst aufgabe, noch eine Lohnentschädigung fordern.

Eine Lohnentschädigung wegen unberechtigter Entlassung forderte der Maurer L. von dem Bauunternehmer Nabitz. Außerdem verlangte er mehrere Tage bezahlt, wo er hätte aussetzen müssen. Die Kammer III des Gewerbegerichts stellte folgenden Sachverhalt fest: Am 30. April wurde die Fortsetzung des Baues, an dem der Kläger thätig war, polizeilich inhißirt. L. mußte demzufolge aussetzen. Nach mehreren Tagen meldete er sich beim Beklagten und verlangte Beschäftigung. Nabitz schickte ihn dann auch nach einem anderen Bau. Kläger fand nicht zurecht, er kam deshalb unverrichteter Sache zum Beklagten zurück. Dieser bot ihm nunmehr an, für ihn zu fechtwerken. L. lehnte das ab, worauf der Beklagte erklärte, andere Arbeit könne er ihm nicht zuweisen. — Der Gerichtshof wies die Klage als unbegründet ab und der Vorsitzende führte aus: Kläger sei auf das Verlangen des Beklagten, auszusetzen, widerprüchlos eingegangen, er habe sich also damit einverstanden erklärt und könne für die betreffenden Tage keinen Lohn verlangen. Dann habe Kläger allerdings dagegen protestirt, noch weiter auszusetzen; hierauf sei aber auch der Beklagte sofort bereit gewesen, ihm andere Arbeit zu geben, und dies Angebot habe er nach dem vergeblichen Gange des Klägers wiederholt. Wenn dem Kläger diese Arbeit nicht paßte, und wenn er sie darum ablehnte, dann müsse er auch den Schaden tragen. Von einer unberechtigten Entlassung könne unter den obwaltenden Umständen nicht die Rede sein.

Der Krieg.

Die Friedensaussichten scheinen sich von Tag zu Tag zu bessern. Dem „Tempo“ wird aus Madrid gemeldet: Der Ministerrath wird heute Nachmittag zusammentreten, um die Antwort Spaniens auf die amerikanischen Friedensbedingungen zu entscheiden. Man glaubt, die Regierung werde sich mit der Abtretung Kubas und Portoricos einverstanden erklären sowie mit der Ernennung einer Kommission von spanischen und amerikanischen Delegirten, die in London zur Feststellung der Einzelheiten des Vertrages betreffend Regelung der Herrschaftsverhältnisse auf den Philippinen zusammentreten soll. Auch zur Erräumung von Kohlenstationen sei Spanien bereit. Sobald die amtliche Zustimmung Spaniens zu den Friedensbedingungen erfolgt sei, werde man eine Abmachung betreffend Einstellung der Feindseligkeiten auf den Antillen entwerfen. Die Haltung Aguinaldos' stöße den Regierungen von Spanien und der Vereinigten Staaten Beunruhigung ein. Man habe allgemein den Eindruck, der Friede werde noch vor Mitte August eine vollendete Thatsache sein.

Der Madrider Vertreter der „Daily News“ erfährt, die Regierung werde in die Räumung der Antillen willigen, dann eine Wassertruppe nachsuchen und beantragen, daß eine gemischte Kommission in London zusammentrete, um verschiedene Fragen, wie die Schuld von Kuba, die Form der Räumung und die Zukunft der Philippinen zu lösen. Nach einer Washingtoner Drahtung der „Morning Post“ verständigte Mac Kinley Herrn Gambon, wenn Spanien versuchen würde, den Bestand europäischer Mächte behufs Erlangung günstigerer Bedingungen anzufragen, würde er die Verhandlungen sofort abbrechen.

Die Washingtoner Zeitung „Post“ meldet, Präsident Mac Kinley werde, sobald Spanien die Friedensbedingungen angenommen haben werde, eine besondere Tagung beider Häuser des Kongresses einberufen, die ein eigenes Geheiß betr. die Erhaltung einer aktiven Armee von 100 000 Mann beschließen soll, von denen etwa 50 000 in Kuba, 30 000 auf den Philippinen und 20 000 auf Portorico stationirt werden sollen.

Eine der wichtigsten Fragen beim Friedensschlusse ist die finanzielle Frage. Wohl hat man in Amerika mehr als Klugheit als aus Ekel zum Aufhören eines Krieges entschlossen, man fordert aber von Spanien, daß es die abzutretenden Gebiete schuldenfrei überläßt, das würde aber die Uebernahme von wohl 2 Milliarden Mark als neue Schuldenlast für das Mutterland bedeuten. Die Ausfälligen der Gläubiger des spanischen Staates auf Verzinsung ihrer Staatspapiere wäre dann auf den Nullpunkt gesunken, worüber wir keinen Anlaß haben, uns zu beunruhigen.

Ueber die Lage auf Kuba wird aus New-York telegraphirt: Nach einer Meldung aus Havana veranstalteten dieser Tage Freiwillige auf einem Marsch durch die Stadt Demonstrationen gegen den Marschall Blanco und die Regierung, welche sie des Verraths und der Feigheit bezichtigten. Sie warfen ihre Waffen vor sich und plünderten die Läden. Im kubanischen Hauptquartier verlor die mexikanische Regierung habe in den Provinzen Tabasco, Campeche und Yucatan neun spanische Handelsschiffe beschlagnahmt, welche mit Vorräthen für Kuba beladen waren.

Die transatlantischen Dampfer, welche beauftragt sind, die Spanier aus Santiago in die Heimath zurückzubringen, haben Cadix verlassen.

Viernundert Aufständische griffen bei Guano in der Provinz Ynara del Rio eine Abtheilung spanischer Soldaten an. Es entspann sich ein erbitterter Kampf, nach welchem die Aufständischen ihr Heil in der Flucht suchten. Mehr Spanier wurden getödtet.

Auf Portorico sehen sich die Amerikaner auch schon fest. Aus San Juan und Portorico wird gemeldet, daß mehrere amerikanische Schiffe vor dem Hafen in Sicht seien. Die Lage auf der Insel sei unverändert. Nach einer Meldung aus St. Thomas sind die Amerikaner ohne Widerstand zu finden in Coamo (Bezirk Ponce) eingezogen. Ferner haben die Amerikaner am Sonnabend Abend Juana Diaz im gleichen Bezirke besetzt.

Die Philippinen bereiten den Amerikanern große Sorge. Am 4. August wird eine weitere Transportflotte mit Mannschaften, Maultseln und Material nach Honolulu und den Philippinen abgehen. Nach einem Telegramm aus Washington hat General Merritt eine Verstärkung seiner Streitkräfte auf mindestens 50 000 Mann verlangt, hauptsächlich wegen der Haltung der Aufständischen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Angsborg, 2. August. Die „Angsburger Abendzeitung“ meldet: Von der Pariser Spitze bei Landek in Tirol ist gestern der Tourist Karl Leseln aus Wiberach in Württemberg abgestürzt. Derselbe blieb sofort todt.

Paris, 2. August. (B. Z. B.) Die Anklagelammer prüfte heute die Berufung Picquart's und der Staatsanwaltschaft gegen die Entscheidung des Untersuchungsrichters Vertulus in Sachen du Paty de Clam. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft hatte seine Ansicht dahin geäußert, daß das Zivilgericht vollkommen unzuständig sei und hatte weiter bei Besprechung der Klagebegründung erklärt, er habe in den Esterhazy-Akten keinerlei Beweis der Mitschuld du Paty's gefunden. Man ist der Ansicht, daß die Entscheidung der Anklagelammer heute nicht mehr bekannt gegeben wird.

London, 2. August. (B. Z. B.) Wie dem Reuterschen Bureau aus Peking unterm 31. Juli gemeldet wird, berichte der zum Landanlauf für die russische Bahn von Port Arthur nach Kirin ernannte sibirische Kommissar, die Bevölkerung rebollire gegen den zwangswweisen Landanlauf zu niedrigen Preisen. Der Kommissar mußte unverrichteter Dinge nach Port Arthur zurückkehren. Die Lokalbehörden vermögen den Zustand nicht zu unterdrücken und verlangen Verhaltungsmassregeln.

Stempelsteuers und Vereinsrecht.

Die Ehre, eine ganz eigenartige neue Kampfmethode gegen das Vereinsrecht erdacht zu haben, gebührt — dem Stempelsteuers und seiner in allen Ecken und Werten, dem erleuchteten Minister der Finanzen, Herrn von Riquel.

Der Lederarbeiter-Verband hatte in Breslau am 2. November 1894, 8. Februar 1895 und 23. September 1895 Versammlungen veranstaltet. Diese Versammlungen waren ordnungsgemäß angemeldet und in den Anmeldebüchern mit der (auch ohne diese Büchel) nach dem Gesetz zu ertheilenden Anmeldebefreiung gebeten.

Die Versammlungen verliefen ohne Störung. Da erhält jetzt, also drei Jahre später, der Einberufer folgende Mitteilung seitens der Polizei-Verwaltung:

Polizei-Verwaltung J. N. 8890.

Breslau, den 23. Juli 1898. Der Stempelsteuers hat die von uns vertheilten Anmeldebüchel vom 2. November 1894, 8. Februar 1895 und 23. September 1895 über hieher gemeldete Vereinsversammlungen für stempelsteuerspflichtig gehalten, weil der Anmeldebüchel die Ertheilung der Meldebefreiung ausdrücklich beantragt hat.

Demzufolge ersuchen wir, die Stempelbeträge von 3 x 1,50 = 4,50 Mark binnen acht Tagen zum Polizei-Bureau einzuzahlen. (Unterschrift unleserlich.)

Den Lederarbeiter-Verband hier. (An den Herr Herr Ernst Korfstedt hier (Breslau, Pringensstraße 593).)

Damit wäre also das allereinfachste Mittel zur Beschränkung des Vereinsrechts durch fiskalische Eifer gefunden: jede Versammlung kostet 1 Mark 50 Pfennig; ohne Abgabe an den Fiskus keine Versammlung. Die Konsequenzen dieser neuen fiskalischen Entscheidung wären so ähnelnd nicht: bringt eine Versammlung dem Staate 1 Mark 50 Pf., ein, so erhöht der Patriotismus energischer Förderung von Versammlungsabhaltungen. Kein „Patriot“ dürfte sich fürderhin wagen, einen Wirth zu beeinflussen, sein Lokal nicht zu Versammlungen herzugeben, denn er schädigt ja sonst den nothleidenden preussischen Staat um 1 M. 50 Pf. Jeder Militärkapitän, der aus Anlaß der Hergabe von Sälen zur Abhaltung von Versammlungen ausgeprochen wird, hat denselben Effekt. Also, könnte man weiter folgern, muß gegen diejenigen mit Schadenersatzklagen vorgegangen werden, die durch ihre Handlungen Versammlungsabhaltungen gehindert und den Fiskus dadurch um 1,50 M. geschädigt haben. Ja, noch weiter, schließlich müßte Stempelsteuers auch gegen diejenigen mit 1,50 M. Schadenersatzansprüchen vorgehen, die es unterlassen, Versammlungen zu veranstalten oder solche zu besuchen. Ein herrliches Zukunftsbild.

Nur schade, daß die steuerfiskalische Entscheidung ein großes Loch hat. Sie verfährt gegen die Gesetze. Nach dem Vereinsgesetz sind Versammlungen anzumelden und ist die Behörde verpflichtet, eine Bescheinigung über die Anmeldung sofort zu ertheilen. So plakatmäßig für Versammlungsabhaltungen gar Geld zu verlangen, was selbst die reaktionärste Landratskammer nicht will, der Fiskus aus der Abhaltung von Versammlungen Vortheile für sich ziehen, so müßte er zunächst den Artikel 29 der von seinen Beamten beschworenen Verfassung ändern; ohne das geht es nun mal nicht. Die amtlich auf Grund des Gesetzes zu ertheilenden Bescheinigungen können ohne Verfassungsänderung nicht zu stempelsteuerspflichtig gemacht werden.

Uebrigens findet sich, auch wenn eine fiskalische Verfassungsänderung stattgefunden hätte, weder im alten Stempelsteuers-Gesetz noch im neuen, noch in dem seit dem 1. April 1896 in Kraft getretenen neuen Stempelsteuersgesetz irgend eine Stelle, aus der ein Recht einer Besteuerung solcher Bescheinigungen abgeleitet werden könnte. Das Register, welches aufzählt, was alles stempelsteuerspflichtig ist, ist recht lang; aber für solche Eintragung hat es doch keinen Raum gelassen. Der Stempelsteuers scheint an die „Amtliche Atteste in Privatfachen“ (auf der vertauschten Speisekarte des neuen Stempelsteuersgesetzes heißt dies fiskalische Gericht „Amtliche Zeugnisse in Privatfachen“) gedacht zu haben. Es liegt indeß auf der Hand, daß von Amts wegen, auf Grund des Gesetzes zu ertheilende Bescheinigungen keine „Atteste“ in „Privatfachen“ sind. So haben die Sachlage die bisherigen Steuerbeamten einschließlich des jetzigen Finanzministers auch stets angesehen. Wäre ihre frühere Ansicht falsch, so müßten sie nunmehr mit Regrehanprüchen gegen die stempelsteuerspflichtigen Beamten keine Rede sein, weil die jetzige in der oben weitergegebenen Polizeiverwaltung sich wiederpiegelnde Ansicht des Stempelsteuers und des Ministers wie dargelegt eine unhaltbare, dem Art. 29 der Verfassung platterdings ins Gesicht schlagende ist.

Nicht ausgeschlossen wäre nach dem oben wiedergegebenen Wortlaut, daß der Stempelsteuers meint: Die auf Grund des § 1 des Vereinsgesetzes zu ertheilenden Bescheinigungen sind an sich stempelsteuersfrei, werden jedoch dadurch zu stempelsteuerspflichtig, daß der Einberufer ausdrücklich um Ertheilung der Bescheinigung gebeten hat. Diese Rechtsauffassung des Stempelsteuers wäre indeß nur dann unbillig, wenn die Bescheinigung erklärlich, wenn der Einberufer durch seine Bitte hätte ausdrücken wollen, daß ihm außer der von Amtswegen zu ertheilenden Bescheinigung eine zweite ertheilt werde und wenn der Einberufer zwei Bescheinigungen erhalten hätte. Beide Voraussetzungen treffen nicht zu. Der Einberufer hat nur eine Bescheinigung erhalten und seine Bitte stellt lediglich einen höflichen Hinweis auf die durch § 1 des Vereinsgesetzes der Polizeiverwaltung auferlegte Pflicht dar. Oder sollte gar Höflichkeit in Preußen einer Stempelsteuers von 1 M. 50 Pf. unterliegen?

Nach alledem ist das neueste Kampfmittel gegen Verhängung des Vereinsrechts ein durchaus unzulässiges. Dem davon Betroffenen wird nichts übrig bleiben, als für den Fall der zwangsweisen Verteilung die beigetragene Summe einzulagern. Aus dem Vorgehen des Steuerfiskus ist für alle, die Versammlungen einberufen, vorab die Lehre zu ziehen, daß sie es für die Zukunft unterlassen, bei der Anmeldung sich allzu höflicher Redewendungen zu bedienen. Es dürfte gerathen sein, die Anmeldung künftighin zur Vermeidung von Konflikten mit fiskalischen Gelächern so zu gestalten: „Hiermit zeige ich an, daß ich eine Versammlung, in der öffentliche Angelegenheiten erörtert oder berathen werden sollen, in das Lokal von... (Ort, Wohnung) einberufen habe, und weise auf § 1 des Vereinsgesetzes hin.“

Sollte Stempelsteuers nun deshalb die Lederarbeiter-Versammlungs-Befreiung für stempelsteuerspflichtig erachtet haben, weil eine Bescheinigung von Amtswegen ertheilt wird, da in der Versammlung keine öffentlichen Angelegenheiten erörtert oder berathen werden sollten, so würde er und Herr v. Riquel sich in einem erfreulichen aber leider allein zu Nutzen des Fiskus, nicht der Versammlungs-theilnehmer, führenden Gegensatz zu der versammlungsfreundlichen Rechtsprechung gestellt haben. Die Konsequenz dieses Gegensatzes wäre: Verbot der polizeilichen Ueberwachung von solchen Versammlungen.

Neunter internationaler Bergarbeiter-Kongreß.

Wien, den 1. August 1898. In einem Nebenraume des Stabes der Kaiserin Elisabeth trat mittags 12 Uhr der neunte internationale Bergarbeiter-Kongreß zusammen. Es waren etwa 60 Delegirte anwesend. Das größte Kontingente

stellte England mit 32 Vertretern. Oesterreich hatte 19 Delegirte entsandt, Belgien drei, die Kammerdeputirten Cabrot, Monfort, Gallier, auch Frankreich und Schweden waren vertreten. Die deutschen Bergarbeiter haben ebenfalls die Besichtigung des diesjährigen Kongresses der Kosten wegen abgelehnt.

Als Gäste waren Dr. Viktor Adler, der österreichische Reichsraths-abgeordnete Dr. Verlaß, Remec (Wien) und Dr. Karpeles (London) anwesend. Ludwig Schröder aus Essen wird noch heute eintreffen. Generalsekretär Richard forderte Herrn Burt, den englischen Unterstaatssekretär, auf, den Kongreß zu eröffnen. Burt hält hierauf eine kurze Ansprache. Kürze sei die Seele des Wiges. Er freute sich über die zahlreiche Besichtigung des Kongresses. Ueber den Werth der internationalen Kongresse sei wohl niemand mehr im Zweifel. Früher hätten die Bergarbeiter der einzelnen Länder nicht von der Stärke ihrer Kollegen in anderen Ländern gewußt; durch die internationalen Kongresse seien sich die Arbeiter persönlich näher getreten. Das sei der große Erfolg der internationalen Kongresse, daß sie zur Organisation anknüpfen. So verschieden über einzelne Dinge die Ansichten der Arbeiter seien, der Nutzen der Organisation werde von allen anerkannt. Er hoffe, daß auch dieser Kongreß das Gefühl der Brüderlichkeit befestigen und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen unter den Bergarbeitern beitragen werde. (Beifall.)

Gueber-Wien begrüßt den Kongreß im Namen der österreichischen Gewerkschaftskommission: Wir schließen uns den Ansichten des Vorsitzenden über den Werth der internationalen Kongresse vollständig an. Wir haben aber heute noch eine besondere Pflicht den englischen Bergarbeitern gegenüber. Vor zwei Jahren, während des großen Bergarbeiterausstandes in Mährisch-Osttrau, wandte sich die Gewerkschaftskommission an die englischen Brüder und die englische Hilfe blieb nicht aus. Heute sind die Vertreter der englischen Bergarbeiter unter uns, und wir danken ihnen für den Beweis ihrer Solidarität. Auch wir üben Solidarität. Wenn englischen Maschinenbauertheil thäten die österreichischen Arbeiter was sie konnten und haben einen Theil jener Ehrenschuld abgetragen. Der Kongreß wird hoffentlich in Oesterreich günstig wirken, denn gerade die österreichische Arbeiterschaft ist die schlechtest bezahlte und am meisten ausgebeutete. Die österreichische Arbeiterschaft ist sich trotzdem bewußt, auf einem wichtigen Posten zu stehen und wird ihre Pflicht jederzeit erfüllen. In diesem Sinne heiße ich den Kongreß nochmals willkommen. (Beifall.)

Nach Gueber nahm Dr. Viktor Adler das Wort: Ich begrüße Sie im Auftrage der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, der einzigen Partei in diesem Lande, die proletarische Interessen vertritt. Sie, die Sie aus anderen Ländern mit anderen Anschauungen kommen, können nicht ermessen, wie sehr Arbeiterfrage und Sozialdemokratie hier identisch sind. Es ist eine Genugthuung nicht nur für die österreichische Arbeiterschaft, sondern für das ganze Land, daß der Kongreß zu uns gekommen ist. Oesterreich wird damit in die Reihe der Kulturländer eingereiht, vielleicht über sein Verdienst. (Heiterkeit.) Die Arbeit, die die Bergarbeiter für sich machen, machen sie für das ganze Proletariat. (Beifall.) Die Bergarbeiter sind ja die eigentlichen Träger der Kultur, sie fördern Kohle und Eisen, die Hauptbedingungen für unsere ganze Industrie, zu Tage. Die Bergarbeiter waren auch die ersten, welche internationale Beziehungen unter sich angeknüpft und planmäßig gepflegt haben. Die Klassenbewußtheit der Arbeiter sehen auf diesen Kongreß, sie halten ihn für eine weitere Etappe zu dem Ziele der Kulturwelt, die sie schaffen, auch beherrschen und kontrollieren zu dürfen. (Stürmischer Beifall.)

Eintrug heißt den Kongreß namens der österreichischen Bergarbeiterpartei willkommen. Die Schwäche der Organisation sei eine Folge der vielen und harten Regierungsmaßnahmen, denn an dem guten Willen fehle es den österreichischen Bergleuten nicht. Solidaritätsgefühl habe der österreichische Bergarbeiter schon bei mehr als einer Gelegenheit behältigt. (Bravo!)

Richard, der englische Generalsekretär des Kongresses, dankt für die herzlichen Worte der einzelnen Redner. Er sei von der Stadt Wien enttäuscht. Die Wiener Bauern beweise ihm die künstlerische Veranlagung des österreichischen Volkes. In auffallendem Gegensatz zu der im Bauwesen entfalteten Pracht stehe aber das Elend des österreichischen Proletariats. Hoffentlich trage der Kongreß dazu bei, die Lebensbedingungen der österreichischen Arbeiter auf ein höheres Niveau zu heben. (Lebhaftes Bravo!)

Kadum noch der belgische Delegirte Cabrot den Kongreß mit kurzen Worten begrüßt hatte, wurden Begrüßungsdelegirte vorgelesen. Solche waren aus Bladign, Steinou, Jallena, Zellhammer und Jöhndorf eingetroffen.

Es folgte die Konstituierung des Kongresses. Burt wurde einstimmig zum Tagespräsidenten gewählt, Belgien wählte Cabrot, Oesterreich Cingr, England Richard als Vizepräsidenten. Alle drei sind Bergarbeiter und parlamentarische Vertreter von Proletariatsbezirken.

Eine ad hoc gewählte Kommission erledigte noch die Prüfung der Mandate. Die 31 englischen Delegirten vertreten danach 610 000 organisirte Bergarbeiter, die 19 österreichischen und die 3 belgischen je 100 000 Bergarbeiter.

Der Kongreß wird an den kommenden vier Verhandlungstagen folgende Fragen behandeln: 1. der Arbeitslohn; 2. die Haftbarkeit der Arbeitgeber; 3. die Arbeitslosenfrage; 4. die Frage der Ueberproduktion; 5. die Invaliden- und Krankenlaffen; 6. die Invaliden der Gruben; und 7. die Rationalisirung sämtlicher Bergwerke.

Kommunales.

Die Große Berliner Straßenbahn hatte seiner Zeit bei der städtischen Verkehrsdeputation den Antrag gestellt, ihr für den Bau der Linie Gesundbrunnen-Blöhensee eine Baustift von fünf Jahren zu gewähren. — Interessenten der Seestraße sind nun beim Magistrat dahin vorstellig geworden, den Bau der Linie Blöhensee-Gesundbrunnen durch die Seestraße nur dann auf eine längere Bauzeit zu genehmigen, wenn die Straßenbahn-Gesellschaft sich verpflichtet, die Verbindung der jetzigen Haltestelle in der Seestraße und der Müller- und Seestraßen. Und noch in diesem Jahre herzustellen. Die Antragsteller haben sich besonders hervorgehoben, daß der Verkehr in der Seestraße durchaus nicht unbedeutend ist. Die an der Thor- und Seestraßen-Ecke errichteten Lehrinstitute (Lehrbrauerei etc.) erfreuen sich eines sehr zahlreichen Besuches, und auch der Verkehr an Sonn- und Feiertagen zähle noch Tausenden, ganz abgesehen von denjenigen, die nach und von den Friedhöfen kommen, wie denjenigen, deren Ziel Reinickendorf-Roabit oder Charlottenburg ist.

Der Polizei-Präsident hat der städtischen Verkehrsdeputation mitgetheilt, daß die Allgemeine Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft den Antrag auf Genehmigung der Herabsetzung der Fahrpreise der Linie Schöneberg-Moritzplatz von 15 auf 10 Pfennige unter Einführung mehrerer 5 Pfennig-Theilreden gestellt hat. Da diese Fahrpreis-herabsetzung durchaus im Interesse des Publikums liegt, hat der Polizei-Präsident dem Antrage, vorbehaltlich der Zustimmung des Magistrats, der Gesellschaft entsprochen.

Das große Mühlpfuch-Gemälde im großen Treppenhause des Rathhauses ist nunmehr dem Publikum zur Besichtigung freigegeben. Hierbei sei auf den herrlichen Saldid in Berlin vom Rathhaussturm aus aufmerksom gemacht. Dasselbe ist auch ein vorzügliches Fernrohr zur freien Benutzung des Publikums aufgestellt, durch welches der Rundblick erhöht wird.

In dem Professor Leo'schen Nachlaß, von dem bekanntlich ein großer Theil der Stadt testamentarisch zufließt, gehört auch das mit einem großen herrlichen Park versehene, fast zwei Morgen große Grundstück Matthäikirchstraße, Ecke Margarethenstraße.

Lokales.

Die deutschen Gefängnisse werden von den Elementen, die sich immer noch als staatsverhaltend gerieren, befalliglich stets als Institute hingestellt, in denen es viel zu human zugehe und die darum ihren Zweck, abschreckend auf den Bestraften zu wirken, durchaus verfehlen müßten. Was es mit der Berechtigung dieser Mißverständnisse in der konserativen Presse auf sich hat, wissen unsere Leser aus den Schilderungen solcher Parteigenossen, welche um ihrer Ueberzeugung willen das Leben in deutschen Gefängnissen haben durchkosten müssen. Wie entsetzlich für einen Menschen von Gefühl und Gesittung der Aufenthalt aber selbst in solchen Strafanstalten ist, wo nur verhältnißmäßig unbedeutende Vergehen und Uebertretungen abzuübigen sind, mag aus der folgenden Darstellung der Zustände des Nummer 62-burger Hilfsgefängnisses hervorgehen. Unser Gewährsmann hatte als Sühne für eine verhältnißmäßig harmlose Uebertretung fünf Tage in dieser Anstalt abzuhängen. Wegen der kurzen Dauer der Strafe wurden ihm seine Kleider gelassen; er erhielt, nachdem er sich gemeldet hatte und die üblichen Eintragungsfornulare erledigt waren, Bettwäsche, Handtuch, Serviette, Schnaps und Kaffee, und wurde dann unter dem Vermerk „Jungänger“ einem Aufseher übergeben. Von diesem erhielt der Gefangene eine Pritsche mit bestimmter Kammer angewiesen und dann gab es ein Stück Brot, genannt „Kule“. In einem engen Raum waren nach genauer Zählung 62 Personen eingesperrt. Es ward Abend. Gegen 8 Uhr erkante das Kommando des Stubenältesten „Bomben vor“ und nun strömten 8 Sträflinge nach dem Hintergrund, um im nächsten Augenblick mit vier riesigen Holzlädeln zurückzukommen, welche in unmittelbarer Nähe von der Lagerstätte des Kovizes niedergelegt wurden. Auf die Frage, zu welchem Zweck die Gefäße dienen sollten, kam die Antwort, es seien... Bedürfnisanstalten. Der Gestalt, der den schlecht gereinigten Eimern ausströmte, gab auch bald völlige Klarheit über ihren Zweck. Während der Nacht war die Luft in dem Schlafraum geradezu entsetzlich erregend und an Schlaf war kaum zu denken. Am nächsten Tage fand sich Gelegenheit, den Schlafraum auszumessen. Er war 15 Meter lang, 10 Meter breit und 3 Meter hoch; auf jede Person fielen mithin nur 7 1/2 Kubikmeter Luftraum.

Mit der Beschäftigung der Gefangenen steht es folgendermaßen aus: Wer nicht über 14 Tage Strafe hat, wird mit dem Rasen und Sortiren von Federn beschäftigt; Leute aber, die längere Zeit abzuhalten müssen, erhalten schwerere Arbeit, als Kohlschichten, Mattenweben oder auch Feldarbeiten zugetheilt. Die Kohlschichter müssen täglich 80 Meter flechten, wofür sie 6 Pf. erhalten, wer diese Arbeit nicht liefert, wird mit Entziehung des Mittagessens bestraft. Die Mattenflechter haben täglich 10 Strohmatten fertig zu stellen, wofür es ebenfalls 6 Pf. und überdies ein Stück trockenes Brot giebt. Andere Sträflinge müssen Steinlothe aus den Käben sortiren; das Pensum beträgt 120 Karren, wofür außer einem Stück Brot, für 10 Pf. Schmalz, für 10 Pf. Butter und schließlich an je zwei Mann eine Flasche Bier verabreicht wird. Daß das Essen und namentlich das Mittagbrot für einen an Kulturzustände gewöhnten Menschen wenig zuträglich ist, bedarf wohl kaum der Erwähnung.

Als ein gar nicht schwer genug zu verdammerndem Mißstand muß die Behandlung bezeichnet werden, welche die Gefängnisbeamten den Kleibern der Gefangenen angedeihen lassen. Die Garderobe wird rüchsiglos in einen Saal gesteckt und dann in einen Winkel gelegt, wo sie bis zur Entlassung des Häftlings liegen bleibt. Ist der Verbrecher schließlich wieder der Freiheit übergeben, dann schiebt ihm ein jeder in der Luft voller Falten den Stroich an, und doppelt schwer wieder es hierdurch dem Armen, wieder in geordnete Verhältnisse zurückzuführen. Man sollte denken, daß es für eine Gefängnisverwaltung ein leichtes wäre, den schlimmsten der geschilderten Mißstände abzuhelfen.

Ein Umsturz-Gemälde für Kinder hat Herr Rektor Dohnstedt in Nowawes in Form einer auf die Volksschul-Oberklasse zugeschnittenen Unterrichtsprobe über die französische Revolution entworfen und in „Schule und Leben“, der wissenschaftlichen Zeitschrift der „Deutschen Lehrerzeitung“, veröffentlicht. Er schildert zunächst die Gemüths- und Ungerechtigkeiten der Vornehmen und zeigt dann, wie durch diese Sünden der Vornehmen unter den Gerungen die Luftzufriedenheit immer größer wird. „In dem unzufriedenen Volk aber“, fährt er fort, „iraten nun Verführer auf, die riefen: In Frankreich wird es nicht eher besser, als bis den Reichen alles weggenommen ist, was sie haben. Ihr ganzer Besitz wird dann unter den Franzosen so vertheilt, daß jeder gleich viel bekommt. Einen König brauchen wir nicht, sondern jeder muß ihm können, was er will.“ In dieser Weise schildert D. den äußeren Verlauf der Revolution bis zur Entthronung des Königs. Hinterher stellt er eine Reihe Fragen, z. B.: „Welchen Rath geben nun die Verführer dem unzufriedenen Volke? — Wer bekommt sonst gewöhnlich nur Geld und Gut? — Wieviel bekommt der fleißige Arbeiter im Vergleich zum Faulen? — Nun sollten nach dem Plane der Verführer alle gleich viel erhalten; was wollten da nachtrick viele Leute garnicht mehr? — Was geschah aber alsbald mit ihrem Gelde, wenn sie nun, ohne zu arbeiten, dahin lebten? — Was wollten sie dann wohl wieder? — u. s. w. u. s. w. Die Unterrichtsprobe, die der Herr Rektor da geliefert hat, richtet ihre Spitze augenscheinlich weniger gegen die französische Revolution als gegen die Arbeiterbewegung. Wahrscheinlich will der gerade nicht sehr geschickte Pädagoge den Kindern der armen Weber in Nowawes durch die geistreichen Fragen zu Gemüthe führen, wie schön die Enthaltbarkeit aller irdischen Güter ist, und wie der Anreiz nach höheren Bedürfnissen nur Verderben und Schlechtigkeit bringen kann. Wir vermuthen nur, daß diese Verlegungen über den Lohn fleißiger Arbeit gerade auf die Kinder der fleißigen, aber trotzdem darbedenden Weber von Nowawes wenig Eindruck gemacht haben. Das Opus ist vielleicht überhaupt weniger für kleine Kinder geeignet als für große, weniger für die Geschichtsstunden einer Volksschule als für die Presse und die Versammlungen der bürgerlichen Parteien. Der andächtige Ernst, mit dem z. B. in dem verflochtenen Wahlkampf hier in Berlin die Anhänger der bürgerlichen Parteien in ihren Wählerversammlungen dem Geschwätz über die angeblichen Theilungsgelüste der Sozialdemokraten gelauscht haben, bürgt dafür, daß auch der Herr Rektor, wenn er seine Unterrichtsprobe diesen Kreisen zum besten gegeben hätte, nicht ausgelacht worden wäre.

Was die vielen Kirchbauten in Berlin kosten. Ueber die Geldsummen, die in den letzten 8 Jahren für Kirchenbau-Zwecke in Berlin und Umgebung flüssig gemacht worden sind, werden im letzten Jahresbericht des Evangelischen Kirchenbau-Vereins Angaben wie folgt gemacht: Der Verein, der sich am 2. Mai 1890 bildete, trat in eine Thätigkeit mit der Hoffnung ein, daß es ihm gelingen würde, in den nächsten 10 bis 12 Jahren etwa 1 000 000 M. durch freiwillige Beiträge zusammen zu bringen. Staat, Synoden und Magistrat sollten angeregt werden, die zweite und dritte Million zusammen zu schießen. Es wurden aber diese Erwartungen damals als lässig, sogar als schwärmerisch angesehen. Der Bericht hebt nun ausdrücklich hervor, daß die Wirklichkeit alle diese Erwartungen übertrifft. Es wurden aber diese Erwartungen damals als lässig, sogar als schwärmerisch angesehen. Der Bericht hebt nun ausdrücklich hervor, daß die Wirklichkeit alle diese Erwartungen übertrifft. Es wurden aber diese Erwartungen damals als lässig, sogar als schwärmerisch angesehen. Der Bericht hebt nun ausdrücklich hervor, daß die Wirklichkeit alle diese Erwartungen übertrifft.

mit 10 Millionen Mark beigestellt, und es sind nicht nur diese Leistungen, auf die der Verein mit Verdrüßlichkeit zurückblicken kann, sondern es kommt hinzu, daß dieses Beispiel außerordentlich anregend auf viele andere Kirchenbauten in Berlin und Umgebung gewirkt hat.

Der Löwenanteil unter den Ausgaben kommt auf den Bau der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche. Die zur Begleichung der Baurechnung erforderliche Summe beträgt nur 3 433 762 M., zu welcher noch die noch sehr bedeutenden Nebenausgaben für die Anlagen zu hinzuzurechnen. Der Verzicht nimmt sodann diese Kirche das „verwöhnte und theuere Lieblingskind des Vereins“, dessen würdige Ausstattung ihm noch weitere schwere Ausgaben verursachen wird. Denn die beabsichtigte Ausstattung mit Mosaik wird allein gegen 2 000 000 M. erfordern, wozu jetzt erst 200 000, oder der sechste Theil, vorhanden sind. Man wird wohl Geduldrungen mit der Ausfertigung nur langsam, schrittweise vorgehen können. Nur die Fertigstellung der königlichen Loge und des Vorräumens dazu soll demnächst begonnen, aber auch an einem Gewölbe des Jurens der erste Versuch mit Mosaikverkleidung gemacht werden. — Für Kirchen und Kasernen hat man im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte immer Geld, dafür sind dem auch die Zustände der preussisch-deutschen Volksschulen befallig geradezu Standarde.

Zum Rektor der Berliner Universität für das mit dem Oktober d. J. beginnende Studienjahr ist der Geh. Medizinalrath Prof. Dr. Wilhelm Waldeyer, Direktor des ersten anatomischen Instituts und ständiger Sekretär der Academie der Wissenschaften, einstimmig gewählt worden.

Der Berlin-Brandenburger Heilstättenverein für Lungenkranke in Belgien legte am Dienstag Vormittag in der Kirchenforst den Grundstein zu seiner ersten Heilstätte unter Teilnahme der Behörden des Kreises, der Stadt und von Vertretern der Kirche.

Das Gerücht von einem drohenden Streik der Wagenführer der Straßenbahn-Wagen wurde in den letzten Tagen in Berlin verbreitet. Es dürfte entstanden sein durch einen Konflikt, in dem sich gegenwärtig die auf dem Bahnhof Gesundbrunnen angestellten Wagenführer mit der dortigen Depotverwaltung befinden. Für die Beamten ist aus Anlaß der Einführung des elektrischen Betriebes eine neue Dienstordnung eingerichtet worden, welche Wagenführer und Schaffner durch Abgabe ihrer Unterschrift anerkennen sollen. Während die letzteren dies ohne weiteres gethan, verweigern die Wagenführer die Abgabe der Unterschrift, weil ihnen die Verminderung der elektrischen Bremsen nur in zwingenden Ausnahmefällen gestattet werden soll. Hiermit sind die Beamten aber nicht einverstanden, weil die an den Waggons befindliche Handbremse für die schweren Wagen nicht genügt, andererseits aber die Verantwortung der Wagenführer eine bedeutend größere ist als früher. Eine Einigung zwischen Verwaltung und Beamten ist bisher noch nicht erreicht worden.

Die zweite erschienene schwarze Liste des Bundes der Berliner Grundbesitzervereine ist mit ganz besonderen Vorkehrungen herausgegeben worden. Ein jeder Empfänger hat den Inhalt der Liste beizubehalten und sich verpflichtet zu machen, beim etwaigen Ausscheiden aus seinem Vereine dieselbe sofort wieder zurückzugeben. Von den 503 verzeichneten „Schwarzen Rietern“ sind 125 wegen Müssens, neun wegen Leistung des Offenbarungseides eingetragen worden. Neben selbständigen Gewerbetreibenden finden sich verzeichnet Kaufleute, Fabrikanten, Restaurateure, auch ein Apotheker, welcher wegen Zahlungsunfähigkeit ermittelt wurde. Ein sehr böser Miether schreit der zu sein, dessen Eintragung in die schwarze Liste erfolgte erstens wegen Müßigkeit mit der Miethen, zweitens wegen Zahlungsunfähigkeit resp. wegen Besizes von unpfändbaren Möbeln, drittens wegen Leistung des Offenbarungseides, viertens weil er ermittelt worden ist, hinsichtlich anderer Umstände wegen Unterlegenen ist im allgemeinen das Ueberlassen von Wohnräumen an „Damen“ zu verstehen. Sämtliche 503 Namen sind mit dem Buchstabenzeichen a versehen, welches „Müßigkeit mit der Miethen“ bedeutet.

Die Gefahren des Straßenbahnverkehrs. Ein Techniker schreibt uns: Die Ausbreitung der neuen elektrischen Bremsen für Akkumulatortrieb kann nicht über das Unheil hinwegtäuschen, das die Straßenbahnwagen fortgesetzt ausrichten, wenn Abprallende oder Fußgänger von den Wädern erfasst und ihnen die Beine zerkratzt werden, wie der Polizeibericht fast jede Woche mittheilt. In anderen Städten, wie z. B. in Leipzig, wo der elektrische Straßenbahnverkehr bereits durchgeführt und sehr lebhaft ist, wird das Publikum viel mehr gegen Gefahren geschützt als in Berlin, wo der größere Verkehr viel größere Schutzmaßregeln fordert, die man aber seit Jahren immer mehr vernachlässigt hat. In Leipzig sind sämtliche Straßenbahnwagen, auch die Anhängerwagen, rings um das ganze Wädereisen mit eisernen Schutzeinrichtungen versehen, so daß der Fallende oder Ausstufende überhaupt nicht unter die Wäder kommen kann. Die an den Berliner Wagen angebrachten sogenannten Vorräume, die das ganze Wädereisen zugänglich lassen, da sie nur notwendig vorwärts wirken, müssen als völlig ungenügend bezeichnet werden und zwar um so mehr, als ja die Schutzbleche an den Stirnseiten der neuen Wagen nicht weit genug herunter reichen. Dadurch liegt obenbreiten die eiserne Trittschwelle frei und der Fallende wird schon von ihr gefährlich gequetscht, bevor er unter die Wäder kommt, dagegen schützt die neue elektrische Bremse ebenso wenig wie die alte.

Die Prüfung der Wagen auf ihre Betriebsbrauchbarkeit geschieht, wie bekannt, durch das Polizei-Präsidium, und dort fehlen jedenfalls neben den Juristen wieder die geeigneten Techniker, die einen kritischen Blick haben für die Konstruktionsmängel der Wagen, und die unabhängig genug sind, darauf zu dringen, daß die ungeheuer wachsende Zahl der Unfälle nicht durch mangelhafte Schutzvorrichtungen an den Straßenbahnwagen sachgemäß vermindert wird.

Die Nachtschattenbeeren haben jetzt zu reifen begonnen, weshalb die Eltern und sonstigen Personen, denen die Bewachung von Kindern obliegt, dringend genaht sein, bei Spaziergängen, Ausflügen, beim Herumstreifen in Wald und Feld u. s. w. ein wachsameres Auge darauf zu haben, daß die Kinder nicht die fürchterlich giftigen Nachtschattenbeeren pflücken und essen. Der dunkelgrüne schwarze Nachtschatten, welcher mit der Kartoffel zu einer Familie gehört, findet sich ziemlich überall, in Gärten sowohl wie an Waldrändern, am Wege wie an Wegen und Heden, im fruchtbaren Lande wie auf Schutthäufen. Die an sich nicht unschöne Pflanze fällt den Kindern durch ihre den Heidelbeeren ähnlichen blauschwarzen Beeren in die Augen, und diese werden von ihnen leicht auch für essbar gehalten. Es genügt aber schon der Genuß von 10 bis 15 solcher Beeren, um den Tod herbeizuführen. Man sollte daher aufs eindringlichste den Schwarzen Nachtschatten, wo er sich irgend findet, vernichten, vor allem jedoch die Kinder vor dem Genuße seiner verlockenden, heimtückischen Giftbeeren warnen und behüten.

Das dritte Kreisturnfest des Arbeiter-Turnerbundes, von dem in letzter Zeit wegen des ursprünglich verboten gewesenen Festzuges auch im „Vorwärts“ schon mehrfach die Rede war, hat am Sonntag unter großartiger Theilnahme der Einwohnerschaft in Rottbus stattgefunden. Der erst auf eingeleitete Beschwerde vom Regierungspräsidenten erlaubte Festzug durch die festlich geschmückte Stadt gestaltete sich zu einer imposanten Demonstration. Loosende bildeten Spalier und die Turner und Turnerinnen wurden mit Blumen völlig überschüttet. Die Polizei benahm sich, wie anerkannt werden muß, sehr korrekt, so daß keine Störung eintrat. Niemand muß noch hervorgehoben werden, daß sich die Rottbuser Einwohnerschaft durch die vorzüglichen Freizeitaner, sowie überhaupt durch die überaus herrliche Aufnahme die auswärtigen Turner und Turnerinnen zu großem Danke verpflichtet hat.

Eine interessante Operation ist vorgestern in der Charite in der Abtheilung für Halskrankheiten mit dem besten Erfolge vorgenommen worden. Dortselbst kam am Sonntag der 25 Jahre alte Lehrling Gottlieb Kufemacht aus der Kgl. Nr. 18, der in der Nacht vorher infolge einer Wette einen in ein Bierglas gelegten Thaler verschluckt hatte. R. sollte das Bier austrinken, ohne daß sich der Thaler vom

Waden des Glases bewegte, die große Münze nahm jedoch denselben Weg wie das Bier. R. schloß nun wohl Beschwenden, konnte aber dem Aerzten nicht genau sagen, wo der Thaler stecken geblieben war. Erst mit Hilfe der Röntgenstrahlen ermittelte man seinen Sitz unten in der Speiseröhre, nicht weit vom Magen. Man führte nun ein Instrument in die Speiseröhre ein, das mit Klappen, die beim Einfahren nach außen und beim Emporziehen aufgehen, den Fremdkörper fohste, und zog die Münze heraus. R. fühlte sich sehr wohl, als man ihm im buchstäblichen Sinne des Wortes um einen Thaler erleichtert hatte.

Der Brandschaden an der vom Lehrter Bahnhof aus über den Humboldthafen führenden Eisenbahnbrücke, deren Holztheile durch den vor einiger Zeit stattgehabten Brand eines mit Stroh beladenen Wagens Feuer gefaßt hatten, ist jetzt wieder ausgebessert worden. Die nothwendigen Reparaturarbeiten haben eine ziemlich lange Zeit in Anspruch genommen, da vom Alexander-Ufer aus bis zur Mitte der Brücke fast sämtliche Holztheile derselben vom Feuer ergriffen und derartig beschädigt worden waren, daß sie herausgenommen und durch neue ersetzt werden mußten.

Eine Berliner Familie, bestehend aus einer Frau und fünf kleinen Kindern, ist in einer Hieserschomung bei Friesenwalde von dem städtischen Förster obdachlos aufgefunden worden. Die Frau gab bei ihrem Auffinden an, vor 14 Tagen Berlin verlassen zu haben, um ihren in der dortigen Gegend arbeitenden Mann aufzusuchen. Da sie denselben aber nicht aufzufinden vermochte und völlig mittellos war, habe sie mit ihren Kindern im Walde Lumpen sammeln müssen. Ihre Nahrung habe die ganze Zeit über aus Waldbeeren und Pilzen bestanden. Die Polizei sorgte für ein vorläufiges Unterkommen der Obdachlosen.

Ein Eisenbahnunfall, der den Tod eines Menschen zur Folge hatte, beschäftigt die Staatsanwaltschaft am Landgericht II. Wie schon kurz mitgeteilt wurde, kam am Freitag voriger Woche der Rangmeister Hermann Schulze, der auf dem hiesigen Grundstück Kreuzbergstraße Nr. 39 wohnte, durch einen eigentümlichen Unfall ums Leben. Schulze, ein bejahrter Mann, stand an dem Ende der Maschine eines Güterzuges und wollte auf dem Dresden-Anhalter Außenbahnhof durch ein Thor fahren, um in einem Schuppen Kohlen zu nehmen. Unmittelbar vor dem seinigen war ein anderer Rangzug angehalten durch dasselbe Thor hindurchgefahren. Da schlug plötzlich während der Einfahrt einer der beiden Thorflügel, die durch Haken festgehalten werden sollten, zu. Da die Maschine nicht mehr rechtzeitig zum Stehen gebracht werden konnte, so wurde der an der Seite stehende Rangmeister zwischen die Rante des Thorflügels und die Maschine eingeklemmt und ihm der Kopf zerschmettert. Die Staatsanwaltschaft hält die Schuld eines Beamten insofern für möglich, als jemand für die Sicherung der geöffneten Thorflügel verantwortlich sein muß. Es fragt sich jedoch, ob nicht einer jener unerklärlichen Zufälle vorliegt, die niemand verschuldet.

Eine Streife verurtheilte die Polizei gestern früh in dem großen Park, der zwischen der Garten- und der Bergstraße liegt. Am Tage ist dieser Park viel von Frauen und Kindern besucht, nachts suchen ihn häufig Obdachlose auf. Die Polizei sperrte beide Thore und brachte eine ganze Anzahl Leute zusammen, die auf die Wache des 12. Reviers geführt wurden.

Von einem Wagen der elektrischen Straßenbahn überfahren wurde gestern Abend der Arbeiter Schuler. Derselbe wollte in der Nähe des Rosenthaler Thores, kurz vor einem in voller Fahrt befindlichen Wagen der Linie Kreuzberg-Gesundbrunnen den Dammbahnübergang, als in demselben Augenblick aus der entgegengesetzten Richtung der Wagen Nr. 1126 derselben Linie herankam. Sch. wurde von diesem Wagen zu Fall gebracht und kam so unglücklich vor einen Kamin zu liegen, daß er eine beträchtliche Strecke weit mit fortgeschleift wurde. Sch., der schwere Quetschungen erlitten hatte, wurde in einer Droßke dem Krankenhaus zugeführt.

Von einem Pferd wurde am Montag Nachmittags der 47 Jahre alte Richter Karl Schlager aus der Frankfurter Allee Nr. 38, der seit 14 Jahren bei dem Justizherren U. Richter in der Frankfurter Allee Nr. 44 beschäftigt war, erschlagen. Am Nachmittag waren zwei Pferde aus dem Stall entlaufen. Schlager und ein anderer Richter trieben sie wieder hinein. Dann ging Schlager allein in den Stall, um sie anzubinden. Als er mit dem einen fertig war und sich dem andern zuwenden wollte, erhielt er einen Hufschlag gegen den Unterleib, schlug hintenüber und blieb mit einer schweren Kopfverletzung liegen. Trotz ärztlicher Hilfe starb er schon nach kurzer Zeit.

Ein schlagerfertiger Herr scheint der Schmirnstoff-Fabrikant Heuer zu sein. Der genannte Herr besitzt in der Landwehrstraße 11 eine Fabrik und beschäftigt in seinem Betrieb mehrere junge Mädchen, die allgemein eine nicht gerade noble Behandlung seitens ihres Chefs zu ertragen haben. Gestern kam es wieder zu einem recht erregten Austritt. Herr Heuer hatte einer Arbeiterin die Arbeit zurückgegeben, angeblich weil sie seinen Ansprüchen nicht genügt. Dabei glaubte er zu bemerken, daß eine der Arbeiterinnen lachte, und fuhr nur wüthend auf diese ein, um sie in ganz roher Weise zu mißhandeln. Das ärztliche Riech, das uns zur Verfügung stand, bescheinigt, daß die Gemüthsarbeite arbeitsunfähig ist. Für den rohen Patron wird die Sache noch ein Schauspiel vor dem Richter haben. Der Fall zeigt nur wieder, welche Behandlung den jungen Mädchen seitens der Unternehmer zu theil werden kann.

Diphtherie-Heilserum. Das von der Gemischen Fabrik von E. West in Darmstadt hergestellte Diphtherie-Heilserum, welches nach Prüfung im hiesigen Institut für Serumforschung und Serumprüfung in Steglitz in Flaschen in den Handel kommt, die auf der Verschickungsbombe den besten Löwen zeigen, wird zufolge Bestimmung des Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten in den preussischen Apotheken gleichfalls abgegeben werden.

Feuerbericht. Montag Abend 8 Uhr glichen Gasen haide 49 bei einem Wohnungsbrande Kleider und Möbel in Flammen auf. Ein Dachstuhlbrand auf einem Neubau rief die Wehr Dienstag früh 6 Uhr nach Straßmannstraße 27. Obgleich mit mehreren Schlauchleitungen vorgegangen wurde, konnte die Einschüerung eines großen Theiles der Dachkonstruktion nicht verhindert werden. Die Entstehungsursache ist nicht ermittelt.

Druckfehlerberichtigung. In der von uns gestern gedruckten Notiz unter der Spitzmarke „Aus Furcht vor einer Operation“ hat sich ein unliebamer Druckfehler eingeschlichen. Der zweite Satz der Notiz lautete: Das Mädchen war von Kind an verfallen und träufelte oft. Es muß aber heißen: Das Mädchen war von Kind an verwaschen u. s. w.

Aus den Nachbarorten.

Wilmersdorf. Die Parteigenossen werden auf die heute Mittwoch Abend stattfindende Versammlung des Sozialdemokratischen Arbeiterbildungs-Vereins aufmerksam gemacht; dieselbe findet im Volksgarten, Berlinerstr. 40, abends 8 1/2 Uhr statt. Die Tagesordnung lautet: Vorschläge zur Ergänzung der Vereinsbibliothek und Aufnahme neuer Mitglieder. Der geringe Beitrag von 30 Pf. pro Monat ermöglicht es jedem Parteigenossen, durch seinen Beitritt die politische Organisation am Orte zu kräftigen; Eintrittsgeld wird nicht erhoben. Beitrittserklärungen werden vom Kassierer Genossen Emil Wittig, Berlinerstr. 38, und im Volksgarten vom Genossen Klingenberg entgegen genommen. Der Vorstand.

Ueber den angeblichen Todschlag, den der Färber Gortlich in Adlershof gegen seinen Arbeitskollegen Alkerow verübt haben soll, wird uns von einem Augenzeugen befragend mitgeteilt, daß die Schilderung, wie sie von uns einem bürgerlichen Blatte entnommen wurde, nicht zutreffend ist. Alkerow ist nicht im Verlaufe des Streits, der sich übrigens nicht auf dem Nachhausewege, sondern auf dem Grundstuck, wo beide wohnen, abspielte, gestorben, sondern längere Zeit später und hat die gerichtliche Obduktion ergeben, daß der Tod infolge eines Schlaganfalles eintrat. Gortlich hat auch keineswegs mit dem Weis seinen Gegner geschlagen, es war vielmehr nur ein

Bolger, das zwischen beiden entstand. Gortlich ist deshalb auch bereits wieder aus der Haft entlassen.

Gerichts-Beilage.

Grober Unfug. Am Montag dieser Woche hatten sich der verantwortliche Redakteur und Verleger des „Wochens der Eisenbahner“ H. Bürger und der Geschäftsführer der Hamburger Druckerei und Verlagsanstalt von Auer u. Co., A. Berard, vor dem Hamburger Schöffengericht I wegen Verübung groben Unfugs zu verantworten. Der „grobe Unfug“ sollte in der Veröffentlichung einer Korrespondenz in Nummer 9 des „Wochens“ vom 1. Mai dieses Jahres begangen sein. Die betreffende Korrespondenz beschäftigt sich mit einer Anzahl Mißständen im Eisenbahn-Direktionsbezirk Bromberg und enthält eine ganze Reihe sehr scharfer Angriffe auf Beamte. Es wird behauptet, die Beamten, die dem Namen nach allerdings nicht genannt, sonst aber ziemlich deutlich bezeichnet sind, ließen sich bei ihrem dienstlichen Verhalten zu den ihnen unterstellten Angestellten durch allerhand außerhalb des Dienstes liegende Rücksichten leiten. So wurden die Angestellten von ihnen vorgezogen, die tüchtig Wildpret und Geflügel in ihre Küche liefern und deren Ehefrauen ihren ehedem gerichtlichen Gelüsten zu Willen waren. Trotz der Schwere dieser Beschuldigungen und obwohl die Hamburger Staatsanwaltschaft der Direktion Bromberg den betreffenden Artikel sandte, stellte diese doch keinen Straf-Antrag, sondern schrieb an die Staatsanwaltschaft kurzer Hand zurück, dieselbe möge auf Grund des § 800.11 einschreiten. In der Verhandlung weigerte sich Bürger, den Wahrheitsbeweis für die in der Korrespondenz aufgestellten Behauptungen zu erbringen. Genosse Berard bestritt, daß er als technischer Leiter einer großen Druckerei für den Inhalt einer in derselben hergestellten Druckschrift verantwortlich zu machen sei, zumal auf der Zeitung Verleger und Redakteur angegeben seien. Der Amtsanwalt Dr. Wiles beantragte gegen Bürger 6 Wochen und gegen Berard 4 Wochen Haft, indem er ausführte, die Veröffentlichung der Korrespondenz sei ohne Zweifel eine Verübung groben Unfugs und Berard habe als Drucker unter allen Umständen die Pflicht gehabt, den Artikel vor der Drucklegung zu lesen. Der Verteidiger Reichert Dr. von Oberhausen ging mit den amtsanwaltschaftlichen Ausführungen scharf ins Gericht. Nicht der Angestellte Bürger habe den Beweis der Wahrheit zu erbringen, sondern der Amtsanwalt den Beweis der Unwahrheit der in dem Artikel enthaltenen Behauptungen. Das Verhalten der königlichen Eisenbahndirektion Bromberg in dieser Sache sei ein höchst sonderbares. Entweder enthalte der Artikel Unwahrheiten, dann sei Straf-Antrag wegen Verleumdung zu stellen, oder er enthalte Wahrheiten, dann liege in der Veröffentlichung derselben kein grober Unfug. Dem wenn man sich schon einmal auf den dem Standpunkt aller hervorragenden Rechtslehrer widersprechenden Boden des Reichsgerichts stellen und annehmen wolle, daß durch die Presse grober Unfug verübt werden könnte, so müsse man prüfen, ob die Korrespondenz Wahres oder Unwahres enthalte. Das letztere als notorisch anzunehmen sei unmöglich, und weder die Eisenbahndirektion Bromberg, noch die Hamburger Staatsanwaltschaft habe das geringste gethan, um die Unwahrheit der Behauptungen des Artikels zu beweisen. Eine Freisprechung sei daher selbstverständlich. Der Angestellte Berard wies für sich darauf hin, daß nach den Urtheilen des Reichsgerichts im Falle Wabing eine Verurteilung seiner Person ebenfalls nicht erfolgen könne. Der technische Leiter einer großen Druckerei habe weder die Pflicht, noch das Recht, noch schließlich überhaupt die Zeit, die der Druckerei zum Druck übergebenen Manuskripte zu lesen. Das Gericht erkannte auf 10 Franken Freisprechung beider Angeklagten. Groben Unfug verübt der, der die öffentliche Ruhe und Ordnung störe, und es sei dem Gericht unerfindlich, wie durch den Artikel die öffentliche Ruhe und Ordnung gestört sei. Der Angestellte Berard sei schon deshalb freizusprechen gewesen, weil er von dem Artikel vor dessen Drucklegung keine Kenntniß gehabt habe.

Fortgesetzte Diebstähle in Johanna-Etzt's Wollwollene schaffthausen gestern die erste Ferien-Strammammer am Landgericht II. In der Zeit vom August v. J. bis zum 10. April d. J. wurde die Anstalt wiederholt von Einbrechern heimgesucht. Der oder die Diebe waren theils mittels Einsteigens und Erbrechen, theils auch mittels Anwendung falscher Schlüssel in diejenigen inneren Räume der Anstalt gelangt, in denen in einer Reihe von Schränken die Kleider, Geldbeträge, Uhren und Werthgegenstände der Häftlinge wie auch des Anstaltspersonals verwahrt wurden und hatten unter diesen Gegenständen zahlreiche Kleider gehalten. Da zwischen jedem der Diebstähle eine geraume Zeit lag, so ließ sich der Dieb trotz aller Aufmerksamkeit nicht ertwischen. Erst einige Wochen nach dem letzten Einbruche, am 10. April d. J., wurde ein früherer Häftling, der Alenpner Georg Fellechner, der vor Verurteilung seiner Zwangsverurteilung flüchtig geworden war, auf dem Hofe der Anstalt bemerkt und von dem Oberlehrer Regel und dem Erziehungsgehilfen „Bruder Ulrich“ gefaßt. Fellechner gab an, er sei von einem Manne verlockt worden und habe sich deshalb auf den Anstaltshof geschlichen. Als man ihn auf die Straße begleitete, um zu konstatieren, ob seine Angabe richtig sei, entriß er dem Bruder Ulrich dessen Stock und gebrauchte diesen als Waffe, er warf auch ein Stemmheben nach Ulrich's Hals und führte diesem damit eine stark blutende Verletzung bei. Er wurde trotzdem festgehalten und dem Dirigenten der Anstalt, Pastor Philipp, vorgeführt, der ihn auf den Kopf zusagte, daß er die früheren Diebstähle ausgeführt habe und jetzt nur auf den Hof gekommen sei, um einen neuen Diebstahl auszubaldern. Da F. beharrlich leugnete und da er sich noch im Erziehungsverhältnis befand, so ließ ihm der Pastor eine Tracht Prügel andeuten, worauf er die Diebstähle einräumte. Er sollte nur auch seine Komplizen angeben. Zwar nannte er eine Reihe anderer Häftlinge, doch ließ sich auf der Stelle feststellen, daß seine Angaben falsch waren. Erst als er noch eine zweite Tracht Prügel erhalten hatte, nannte er den Schlägtergesellen Max Buchholz. Dieser stand nun heute mit Fellechner vor Gericht. F. bestritt, daß Buchholz kein Komplize sei, er habe die Diebstähle ganz allein ausgeführt. Buchholz schien zwar schwer verdächtig, konnte aber nicht vollständig überführt werden und mußte daher bezüglich seiner Freisprechung erfolgen. Fellechner wurde wegen Diebstahls in sechs Fellen und wegen Körperverletzung zu drei Jahren Gefängniß verurtheilt, einschließliche einer noch nicht ganz verjährten Strafe von sechs Monaten, welche F. sich durch Fahrtrabdiebstahl gezogen hat.

Verksammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Kupferschmiede fand am 10. Juli, abends 9 1/2 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11, statt. Den mit der Schlufabrechnung vom Streik und vom Dispositionsfonds beauftragten Personen wurde Decharge erteilt, dann wurde ein Antrag, den Beitrag von 25 Pf. auf 15 Pf. zu reduzieren, angenommen. Die Revisionen wurden auf ein weiteres Vierteljahr befristet. An stelle des ausscheidenden Bezirksleiters für den Süden wurde Kollege Carl gewählt. Dann berichtete Kollege F. r. i. h. als Delegirter der Berliner Gewerkschaftskommission über die stattgefundenen Sitzungen. Es wurde weiter beschlossen, die Gehälter für die Verwaltung des Dispositionsfonds fallen zu lassen und nur die persönliche Ausgabe zu erheben. Weiter wurde bestimmt, eine Liste über die Beiträge, die ein jeder leistet hat, anzufertigen, und der nächsten Auflage des Handbuchs für Berlin beizufügen. Zum Schluß wurde noch empfohlen, die Arbeiter-Wohnungsfrage zu besuchen, nach dem letzten Jahresbericht soll nur ein Kupferschmied diese besucht haben. Schluß der Versammlung um 12 Uhr.

Die in Wappensfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielten am Montag eine zahlreich besuchte Versammlung ab, in der Genosse E. Schumann über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse und sanitären Mißstände in den Wappensfabriken referirte. Aus den Ausführungen des Redners war zu entnehmen,

daß in der Pappfabrik in der Panstraße die Löhne für Arbeiterinnen 8 bis 11 M., für Männer 15 bis 18 M. pro Woche betragen, bei etwa 13 stündiger Arbeitszeit. Das Gewicht der Kleider, welche die Frauen zu beschaffen haben, war bisher immer ungenau, so daß sich die Polizei veranlaßt sah, die Gewichte zu konstatieren. Die meisten Arbeiterinnen sind infolge der überaus großen Anstrengung mit Weiden behaftet und allen sonstigen Unfällen ausgesetzt. Die Organisirten, darunter eine Wittve mit vier Kindern, wurden als „Aufwieglar“ gemeldet. In der Fabrik in der Chausseestraße verdienen Arbeiterinnen 8 bis 10 Mark, Männer 16 bis 22 Mark, bei dreizehn bis sechzehn stündiger Arbeitszeit. Auch in dieser Fabrik sind die Gewichte ungenau; die Kleider ohne Abzug zum allgemeinen Gebrauch. Eine vom Meister „bevorzugte“ Arbeiterin erhielt eine Zulage von 50 Pf. pro Tag, ohne daß es gebucht wurde, für die Beaufsichtigung der „Wähler“. Der Arbeiter erhielt für jede Versammlung 1 M., ist aber selbst der Organisation beigetreten. Von mehreren, theils gemäßigten Arbeitern und Arbeiterinnen wurden alle Angaben des Redners nicht nur bestätigt, sondern mit neuen Belegen ergänzt. Die Behandlung, Gesundheitsverhältnisse und übermäßig lange Arbeitszeit, bis zu 10-18 Stunden, wurden am schärfsten getadelt. Während des Essens, auch mittags, müssen sich die Arbeiter durchweg abwechseln, damit der Betrieb keine Unterbrechung erleidet. Von einem Redner wurde verlangt, daß die Pappfabriken seitens der Behörden und Aufsichtsbearbeiter einer scharfen Kontrolle unterzogen würden, um die bestehenden Mißstände zu beseitigen. Zum Schluß der Versammlung wurden sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen aufgefordert, sich dem Verband der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen anzuschließen, dessen Organ, „Der Proletarier“, in Hannover erscheint. Desgleichen wurde zu zahlreichem Besuch des am Sonnabend, 6. August, im „Marienbad“ in der Badstraße stattfindenden Sommerfestes aufgefordert und die Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf die Arbeiterbewegung geschlossen.

Gegen den Vorstand der Ortskrankenkasse der Schneider und Schneiderinnen wurde in einer am Montag abgehaltenen öffentlichen Versammlung von Mitgliedern der genannten Kasse lebhaft Klage geführt. Wie der Referent **M. B. v. S.** ausführte, ist ein Theil der Kassemitglieder schon seit Jahren mit der Geschäftsführung des Vorstandes im höchsten Grade unzufrieden. Auf der am 26. April dieses Jahres abgehaltenen General-Versammlung sollten die Beschwerden gegen den Vorstand, sowie ein Antrag auf Einführung der freien Arztwahl verhandelt werden. Es kam aber gar nicht zur Verabhandlung der betreffenden Vorträge, die General-Versammlung wurde vielmehr nach Erledigung des ersten Punktes der Tagesordnung geschlossen und der Vorstand beauftragt, in nächster

Zeit eine neue Generalversammlung einzuberufen, auf der die un-erledigt gebliebenen Vorträge verhandelt werden sollten. Die Einberufung der Generalversammlung ist aber bisher noch nicht erfolgt, weil nach der Besprechung des Vorstandes ein Theil der im Dezember v. J. gewählten Delegirten sein Recht habe, das Mandat auszuüben. Bevor die Wahlprotokolle nicht erledigt sind, könne der Vorstand keine Generalversammlung einberufen. Dabei ist es auch geblieben, obgleich ein Theil der Delegirten wiederholt die Einberufung der General-Versammlung beim Vorstand beantragte. Eine beim Magistrat als Aufsichtsbehörde eingelegte Beschwerde hatte keinen Erfolg, denn der Magistrat hält das Verhalten des Vorstandes hinsichtlich der Wahlprotokolle für gerechtfertigt. Der Referent ist der Meinung, daß der Vorstand die Angelegenheit abschließlich verschleppe, um Stimmung gegen die ihm unangenehmen Vorträge zu machen und seine Position zu stärken. Ferner machte der Referent Andeutungen, dahingehend, daß im Vorstande eine Korruption herrsche, der die Mitglieder ein Ende machen müßten. **S. o. d.**, der derzeitige Vorsitzende der Kasse, verwahrte sich ganz entschieden gegen den Vorwurf der Verschleppung und bestritt ebenso bestimmt, daß im Vorstande Korruption herrsche. Rüge vielleicht früher manches nicht in Ordnung gewesen sein, so lange er den Vorsitz habe, seien seinerlei Unregelmäßigkeiten vorgekommen. Das Vorstandmitglied **S. h. u. p.** verteidigte gleichfalls den derzeitigen Vorstand, während der frühere Vorsitzende **M. a. t. h. i. e. s.** behauptete, es hätten zu seiner Zeit verschiedene Mißstände geherrscht, die Lieferanten hätten an gewisse Personen hohe Abgaben entrichtet und deshalb zum Nachteil der Kasse besonders hohe Preise bezahlen müssen. Er habe diesem Treiben entgegenzutreten versucht, deshalb habe man gegen ihn intriguiert, so daß er sich schließlich, um dem fortgesetzten Verger an dem Wege zu gehen, zurückgezogen habe. Wie weiter aus der Debatte hervorging, haben diese Angelegenheiten mehrere gerichtliche Klagen gerechtfertigt, die gegenwärtig noch schweben. Es wurde beschlossen, in dieser Sache bald wieder eine Mitglieder-Versammlung einzuberufen. Eine bestehende, aus Delegirten der Kasse zusammengesetzte Kommission erhielt den Auftrag, die Rechts- und Interessen der Mitglieder energisch zu wahren, und bei der Aufsichtsbehörde, erforderlichen Falles bis zur höchsten Instanz Beschwerden über den Vorstand zu führen.

Welkenfer. Am 26. Juli fand im Prälaten, Leichterstraße, eine Versammlung des sozialdemokratischen Arbeitervereins statt, in der **Dr. Wehl** einen beifällig aufgenommenen Vortrag hielt. Die weiteren Verhandlungen betrafen interne Vereinsangelegenheiten.

Landmannschaft der Salsöwiger. Dents. Am 26. d. Mts., 4 Uhr, Zusammenkunft in S. Feuerstein's Gasthof (Zuf. R. Herzberg), Alte Jakobstr. 75.

Freie Vereinigung der Badenser. Heute, am 27. d. Mts., 8 1/2 Uhr, bei Panzer, Dragonenstr. 15, Versammlung.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (wiel Buchstaben oder eine Post-Nummer), unter der die Antwort ertheilt werden soll. Schriftliche Antworten sind nicht zu erwarten.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Donnerstag und Freitag von 6 bis 7 Uhr abends statt.

H. B. 1890. - Scholz. Sie geben von irigen Voraussetzungen aus. Die Forderung des Offenbarwerbers hindert weder den Gläubiger, von neuem Pfandverleihen zu machen, noch Sie als Schuldner sich etwas anzudeuten. - **1000. a) Rein.** b) Jeder Kommt ist ohne besondere Erklärung zum Besuch der juristischen Sprechstunde berechtigt. c) Ja. - **H. B. 18. -** Wenn Sie die Kündigung nicht einhalten, sind Sie zum Schadensersatz verpflichtet. - **M. M.** Briefliche Antworten ertheilen wir nicht. - **35. 1.** Auch Arbeitslose erhalten Beirathungsbücher, aber geringere. In des unwarigen Behauptung, man sehe in Arbeit, kann Betrag liegen. 2. Wenn keine der Statuten eine abweichende Bestimmung enthält: Ja. - **Reimer. 1. Rein.** 2. Beide sind strafbar. - **H. B. 4. -** **Reimerstr. 30.** Das hängt vom Inhalt der Statuten ab. - **H. B. - O. S. 12.** Sprechen Sie gelegentlich in der juristischen Sprechstunde vor, da ohne Angabe, wo und wann Ihr Schwägeren, und wann Ihre Frau und Ihre Kinder verstorben ist, Ihre Frage sich nicht beantworten läßt. - **M. B. 1316.** Beide sind verpflichtet, Zahl 2, nicht, so kann St. zahlen und dann Erstattung von B. verlangen. Der Wert kann B. und St. gemeinsam verlangen. - **Angler.** Einwand hätte keinen Erfolg. - **H. B. 2.** Der Mithet ist verpflichtet, die Wohnung in angemessener Zeit beschließen zu lassen. Etwas 9-5 wird für Anwesenheit erachtet. - **H. B. 4.** 2. Geburtsurkunde (vom Standesamt) 50 Pf. Abfertigung Taufschein 250 M. bis 4 M. 3. Seit 1893 4. Der Schwager nach. - **H. B. 50.** Ihrer früheren Frau läßt kein Alimentenrecht gegen Sie zu. Das Erziehungsrecht steht Ihnen zu; auch Sie müssen für Alimentation des Kindes Sorge tragen. Die Kosten brauchen Sie nicht zu zahlen.

Witterungsübersicht vom 8. August 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe am	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer-höhe am	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Erolmsende	761	WSW	3	Wolfsk.	16	Daparranda	746	WSW	2	Regen	11
Darmstadt	762	WSW	3	bedekt	14	Petersburg	750	WSW	3	Wolfsk.	16
Berlin	762	WSW	3	Wolfsk.	16	Spet	764	WSW	3	bedekt	16
Wiesbaden	765	W	1	Wolfsk.	14	Karlsruhe	753	WSW	2	bedekt	16
München	768	D	1	Wolfsk.	16	Paris	765	WSW	2	Wolfsk.	16
Wien	764	W	2	Wolfsk.	17						

Wetterprognose für Mittwoch, den 8. August 1898. Heißlich warm, theils heiter, theils wolfig mit etwas Regen und mäßigen westlichen Winden; nachher etwas kühl.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 8. August.
Neues Opern-Theater (Kraus), Lennhäuser und der Sängerkreis auf der Wartburg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Residens. Momentaufnahmen. Vorher: Frage an das Schicksal. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Der Unterpräfekt. Vorher: Im Negligé. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wesken. Vergeltung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Zwei Tage Millionär. Anfang 8 Uhr.
Oldend. Rean, oder: Genie und Leidenschaft. Anfang 8 Uhr.
Polia. Die kleinen Bagaduben. Anfang 8 Uhr.
Welle-Alliance. Ein toller Einfall. Anfang 8 Uhr.
Mezanderplan. Die Gledeserin. Anfang 8 Uhr.
Wolff. Don Juan in der Pölle. Anfang 8 Uhr.
Vasage. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Heud-Carl-Weiß-Theater. Gr. Frankfurterstr. 132. Cyclos beliebter Volksschauspieler.

Kean oder Genie und Leidenschaft. Schauspiel in 5 Akten, frei nach dem Französischen des Alex. Dumas von Ludw. Barnay. Anfang 8 Uhr.

Vorzugsbilletts, auch die bereits abgegebenen, behalten Gültigkeit. Donnerstag: Hero und Beander. Freitag: Am Altar. Sonnabend: Rean. Ostend-Theater-Konzert-Garten. Gr. Kinder-Freudenfest. Benefiz für Herrn Wih. Sch. Neues Programm! Geschw. Petram. Theater Fantoche. Dora Waldau. Pantomime-Soubrette. Max Grabow. Tanzkomiker. Rudo Köhli. Cavallibri. The two Terras. Gymnastiker an eisernen Ketten. Jürgensen, Klavier. Anfang 4 1/2 Uhr.

Quien-Theater. 34. Reichenderstraße 34. Direktion: Richard Anger. Eröffnung der 3. Saison: Donnerstag, 18. August: Zum 1. Male:

Seine Puppe. Großes Balletstück mit Gesang in 5 Akten, nach dem Französischen frei bearbeitet von Max Schönew. Musik von Fritz Krause. Die neuen Dekorationen: Billa am Wasser und Bremerhaven sind aus dem Atelier von Franz Schütz, die Nationalkostüme aus den Werkstätten von Berch u. Tischow.

Prater-Theater. Rosenthan-Platz 7/9. Freie auf Erden. Lebensbild mit Ges. u. Tanz in drei Akten von Hugo Schütz. Musik v. H. Kerker. Berg-Trio, höchstoriginelles komisches Ballet. The 3 Fortays, komische Operette. Gehr. Milano, Operette. Die Töchter. Ely Viola, Kostümbühne. Mr. Ranello, Rautschmied. Max Theo, Bonheur-Libri. Jan and Jim, Knackbrot. Morley, Fata Morgana. Ballet. Konzert und Ball. - Anf. 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., num. Platz 50 Pf. Kalbo.

Reichshallen-Garten-Theater. Belgischerstr. 77. Neues Programm! Amalie Trapnell! Francis Willon! Berner „Vunsch“, das sprechende Pferd. Außerdem täglich um 9 1/2 Uhr:

Irlin auf Stelzen! in W. Agoston und K. Wilhelm. Anfang: Sonntags 7 Uhr. Freitag: Sonntags 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Sonntag: Sonntags 8 Uhr. Ungünstiger Witterung im grossen Theatral.

Wald-Theater. Rosenthan-Platz 7/9. Freie auf Erden. Lebensbild mit Ges. u. Tanz in drei Akten von Hugo Schütz. Musik v. H. Kerker. Berg-Trio, höchstoriginelles komisches Ballet. The 3 Fortays, komische Operette. Gehr. Milano, Operette. Die Töchter. Ely Viola, Kostümbühne. Mr. Ranello, Rautschmied. Max Theo, Bonheur-Libri. Jan and Jim, Knackbrot. Morley, Fata Morgana. Ballet. Konzert und Ball. - Anf. 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., num. Platz 50 Pf. Kalbo.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Chausseestr. 25/26. Am 8. August: Gesamt-Vorstellung mit Schauspiel-Gesellschaft.

De Tilyntaner. (Direktion: Karl u. Theodor Rosenfeld.) Zum 15. Male:

Zwei Tage Millionär. Groß-Ausstattungsstück mit Gesang und Ballet in 11 Bildern von Robert Breitenbach. Musik komponirt und arrangirt von Viktor Holländer.

Preise der Plätze wie gewöhnlich. Rangbilletts und freier Eintritt ungleich.

Verkauf täglich von 10-1 Uhr an d. Theaterkasse. Wegen: Diefelbe Vorstellung. Samstag und Sonntag nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr: Zwei Tage Millionär.

Aber zahlen Nachmittags die Hälfte.

Pssage-Panopticum. Théâtre-Variété. Ohne Extra-Entrée. Fahrt auf dem Golf von Neapel. Fahrt durch Konstantinopel. Neu! Alpenglühen. Ende 25 Pf. Entrée. Geöffnet v. vorm. 9 bis abds. 10 Uhr.

Castan's Panopticum. Major Graf leu!! Walsin- Esterhazy. lu!! Lebende Bilder dargestellt von tungen schönen Damen.

Reichshallen-Garten-Theater. Belgischerstr. 77. Neues Programm! Amalie Trapnell! Francis Willon! Berner „Vunsch“, das sprechende Pferd. Außerdem täglich um 9 1/2 Uhr:

Irlin auf Stelzen! in W. Agoston und K. Wilhelm. Anfang: Sonntags 7 Uhr. Freitag: Sonntags 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Sonntag: Sonntags 8 Uhr. Ungünstiger Witterung im grossen Theatral.

Wald-Theater. Rosenthan-Platz 7/9. Freie auf Erden. Lebensbild mit Ges. u. Tanz in drei Akten von Hugo Schütz. Musik v. H. Kerker. Berg-Trio, höchstoriginelles komisches Ballet. The 3 Fortays, komische Operette. Gehr. Milano, Operette. Die Töchter. Ely Viola, Kostümbühne. Mr. Ranello, Rautschmied. Max Theo, Bonheur-Libri. Jan and Jim, Knackbrot. Morley, Fata Morgana. Ballet. Konzert und Ball. - Anf. 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., num. Platz 50 Pf. Kalbo.

Prater-Theater. Rosenthan-Platz 7/9. Freie auf Erden. Lebensbild mit Ges. u. Tanz in drei Akten von Hugo Schütz. Musik v. H. Kerker. Berg-Trio, höchstoriginelles komisches Ballet. The 3 Fortays, komische Operette. Gehr. Milano, Operette. Die Töchter. Ely Viola, Kostümbühne. Mr. Ranello, Rautschmied. Max Theo, Bonheur-Libri. Jan and Jim, Knackbrot. Morley, Fata Morgana. Ballet. Konzert und Ball. - Anf. 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., num. Platz 50 Pf. Kalbo.

Quien-Theater. 34. Reichenderstraße 34. Direktion: Richard Anger. Eröffnung der 3. Saison: Donnerstag, 18. August: Zum 1. Male:

Seine Puppe. Großes Balletstück mit Gesang in 5 Akten, nach dem Französischen frei bearbeitet von Max Schönew. Musik von Fritz Krause. Die neuen Dekorationen: Billa am Wasser und Bremerhaven sind aus dem Atelier von Franz Schütz, die Nationalkostüme aus den Werkstätten von Berch u. Tischow.

Prater-Theater. Rosenthan-Platz 7/9. Freie auf Erden. Lebensbild mit Ges. u. Tanz in drei Akten von Hugo Schütz. Musik v. H. Kerker. Berg-Trio, höchstoriginelles komisches Ballet. The 3 Fortays, komische Operette. Gehr. Milano, Operette. Die Töchter. Ely Viola, Kostümbühne. Mr. Ranello, Rautschmied. Max Theo, Bonheur-Libri. Jan and Jim, Knackbrot. Morley, Fata Morgana. Ballet. Konzert und Ball. - Anf. 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., num. Platz 50 Pf. Kalbo.

Wald-Theater. Rosenthan-Platz 7/9. Freie auf Erden. Lebensbild mit Ges. u. Tanz in drei Akten von Hugo Schütz. Musik v. H. Kerker. Berg-Trio, höchstoriginelles komisches Ballet. The 3 Fortays, komische Operette. Gehr. Milano, Operette. Die Töchter. Ely Viola, Kostümbühne. Mr. Ranello, Rautschmied. Max Theo, Bonheur-Libri. Jan and Jim, Knackbrot. Morley, Fata Morgana. Ballet. Konzert und Ball. - Anf. 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., num. Platz 50 Pf. Kalbo.

Quien-Theater. 34. Reichenderstraße 34. Direktion: Richard Anger. Eröffnung der 3. Saison: Donnerstag, 18. August: Zum 1. Male:

Seine Puppe. Großes Balletstück mit Gesang in 5 Akten, nach dem Französischen frei bearbeitet von Max Schönew. Musik von Fritz Krause. Die neuen Dekorationen: Billa am Wasser und Bremerhaven sind aus dem Atelier von Franz Schütz, die Nationalkostüme aus den Werkstätten von Berch u. Tischow.

Prater-Theater. Rosenthan-Platz 7/9. Freie auf Erden. Lebensbild mit Ges. u. Tanz in drei Akten von Hugo Schütz. Musik v. H. Kerker. Berg-Trio, höchstoriginelles komisches Ballet. The 3 Fortays, komische Operette. Gehr. Milano, Operette. Die Töchter. Ely Viola, Kostümbühne. Mr. Ranello, Rautschmied. Max Theo, Bonheur-Libri. Jan and Jim, Knackbrot. Morley, Fata Morgana. Ballet. Konzert und Ball. - Anf. 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., num. Platz 50 Pf. Kalbo.

Wald-Theater. Rosenthan-Platz 7/9. Freie auf Erden. Lebensbild mit Ges. u. Tanz in drei Akten von Hugo Schütz. Musik v. H. Kerker. Berg-Trio, höchstoriginelles komisches Ballet. The 3 Fortays, komische Operette. Gehr. Milano, Operette. Die Töchter. Ely Viola, Kostümbühne. Mr. Ranello, Rautschmied. Max Theo, Bonheur-Libri. Jan and Jim, Knackbrot. Morley, Fata Morgana. Ballet. Konzert und Ball. - Anf. 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., num. Platz 50 Pf. Kalbo.

Quien-Theater. 34. Reichenderstraße 34. Direktion: Richard Anger. Eröffnung der 3. Saison: Donnerstag, 18. August: Zum 1. Male:

Seine Puppe. Großes Balletstück mit Gesang in 5 Akten, nach dem Französischen frei bearbeitet von Max Schönew. Musik von Fritz Krause. Die neuen Dekorationen: Billa am Wasser und Bremerhaven sind aus dem Atelier von Franz Schütz, die Nationalkostüme aus den Werkstätten von Berch u. Tischow.

Prater-Theater. Rosenthan-Platz 7/9. Freie auf Erden. Lebensbild mit Ges. u. Tanz in drei Akten von Hugo Schütz. Musik v. H. Kerker. Berg-Trio, höchstoriginelles komisches Ballet. The 3 Fortays, komische Operette. Gehr. Milano, Operette. Die Töchter. Ely Viola, Kostümbühne. Mr. Ranello, Rautschmied. Max Theo, Bonheur-Libri. Jan and Jim, Knackbrot. Morley, Fata Morgana. Ballet. Konzert und Ball. - Anf. 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., num. Platz 50 Pf. Kalbo.

AUSSTELLUNG am KURFÜRSTENDAMM.

Carl Hagenbeck's INDIEN

Schaustellungen in der Arena: Wochent. 6 u. 8 Uhr nachm., an Sonn- u. Festtagen 4, 6 u. 8 Uhr nachm., im Indischen Theater ab 4 Uhr beständig.
Ab 4 Uhr nachm.: Gr. Militär-Doppel-Concert.
Entree 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Schweizer Garten.

Am Königs-Thor. Haltestelle der Ringbahn. Täglich: Theater u. Spezialitäten-Vorstellung, Volksbelustigungen. Im Saale Ball. An Wochentagen freier Damentanz. Auch ist die Kasse täglich von 2-4 Uhr geöffnet. Anfang des Konzerts 4 1/2 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr. Billets zu ermäßigten Preisen in Handlungen. Größeren Vereinen empfehlen wir unser Zur Beachtung! Stablisement (mit Vorstellung und Ball) zur Abhaltung ihrer Sommerfeste (speziell Sonnabends).

Max Klemm's Sommer-Theater.

Faschstraße 14/15. - Kritischer Leiter: Paul Milbitz. Täglich: Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung The Onra's. - Miss Alice. Jongleur auf tollerender Kugel. - Papi und Pepino. - The Picard's. - Carl Garach. Tanzkomiker. - Nini Estera. Rollen-Soubrette. - Paul Frey. Humorist. - Franziska Wansch, Operettensängerin. - Prof. Cuno's Regen-Zirkus. - Neu! Junge oder Mädchen. Gesangsposse in 1 Akt von Suchow. - Neu! Du achtest es nicht, Schwant in 1 Akt von Richard. Im schattigen Garten vor und nach der Vorstellung: Grosses Doppel-Konzert. In den Sälen: Grosser Ball. Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr, Sonntag 5 Uhr. Max Klemm.

Apollo-Theater.

Täglich um 9 Uhr: Don Juan in der Hölle und Vollständig neues Spezialität.- Programm. 10 Debuts. Vor der Vorstellung: Gr. Garten-Konzert. Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr. Pahlmann's Vaudeville-Theater Schönhauser Allee 148. Berliner auf Ruß. Vorleser in 2 Bildern v. Victor-Hoeder. Vollständig neues Spezial-Programm. Anf. d. Konz. 4 1/2, d. Vorst. 5 1/2 Uhr. Entrée 30 Pf. Die Direktion: Ferd. Lehmann.

Concerthaus Leipzig.

Leipzigerstr. No. 48. Letzte Saison vor dem Abbruch. Täglich: Hoffmann's Quartett und Humoristen. Eine Verlobung beim Frühschoppen. Anfang: Sonntag 7, Wochent. 8 Uhr.

Möbel und Holzwaaren.

Franz Tutzauer, Tischlermeister, Berlin N., Brunnenstr. 152.

Zubeil u. Frau

Leben zu ihrer Silbernen Hochzeit die besten Glühwünsche Mehrere Stammpfleger Vereiner für Naturheilku Gesundheitsp Charlotte General-Veria am 5. August, abend im Lokale von Baier Tagesordn 1. Neuwahl des Vorst. Die Arbeiter-Ro und der Deutsche An siedelens. Der Achtung! Felschlä Die Sonntage des find an Theaterterine 57099 Frits

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. Donnerstag, den 4. August, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Leder, Wilmersdr. 74: Bezirks-Versammlung für Charlottenburg. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Jost: Der Kampf um den Nordpol 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes. Die Kollegen und Kolleginnen werden dringend ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Die Vertrauenspersonen machen wir hierdurch nochmals auf die am heutigen Abend stattfindende Konferenz in den „Kamin-hallen“, Kommandantenstr. 30, aufmerksam und ersuchen unsere Mitglieder für den Besuch derselben durch die Vertrauenspersonen Sorge zu tragen.

Victoria-Brauerei

Lützow-Strasse 111/112 (nahe Potsdamer Weg), Garten resp. Saal. Täglich: Stettiner Sänger (Weibel, Vicoro, Britten, Steib, Arone, Köhl, Schneider und Schrader). Anfang präzis 8 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. Familien-Billetts à 1 Mark (siehe Plakate). Großartig, stets wechselndes Programm!

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16. Täglich: Berlin, wie's lebt und liebt. Poffe mit Gesang in 5 Bildern von H. Linderer u. J. Selig. Musik von Habner-Trans. Vorher: Theodora. Schwant in 1 Akt von Gypner. Auftreten von Spezialitäten. Im Saal: Tanzkränzen.

Ostbahn-Parf.

Am Rührner Platz. Direktion: H. Imbs. Täglich: Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Anfang des Konzerts: Wochent. 5 Uhr, Sonntag 4 Uhr. Bei ungünstiger Witterung finden die Vorstellungen im großen Saal statt. Keine unangenehmen Gewisse hohen Vereinen zur Verfügung.

